

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Cipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zahlung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seitenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreizehnte Teilzahl oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Der Militärstaat. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Ein neuer Streik: Der Tag des Bausewerkes im Karlsruher Bezirk. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlohn, Subventionen etc. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Hamburgs Giebel.

Der Militärstaat.

„Militarismus“, „Militärstaat“ — diese Worte spielen seit Jahren bei uns im Deutschen Reich in politischen Erörterungen aller Art eine hervorragende, wo nicht die Hauptrolle. Gewisse Leute möchten glauben machen, es seien „Schlagwörter“, von Gegnern unseres Heerwesens zu dessen Bekämpfung erfunden, und besonders die Sozialdemokratie verbinde damit einen willkürlich konstruierten geistlichen Begriff. Als ob nicht ein ganz bestimmter Begriff durch die offenkundigen Tatsachen gegeben wäre! Aber über diese Tatsachen möchte man gern hinwegtäuschen und zu diesem Zwecke behauptet man: Das Deutsche Reich sei das Reich der allgemeinen Wehrpflicht, also könne hier von einer einseitigen Ausgestaltung oder gar von einer Herrschaft der militärischen Interessen nicht die Rede sein.

Allerdings, nach der Theorie, die der allgemeinen Wehrpflicht ursprünglich zu Grunde gelegen hat, sollte da, wo diese Pflicht die Basis der Verfassung bildet, ein Ueberwuchern und eine Herrschaft militärischer Sonderinteressen unmöglich sein. Man kann mit Recht sagen, daß die allgemeine Wehrpflicht dem „ureigenen Geiste des deutschen Volkes“ entsprungen ist; der leitende Gedanke war ein dem Militarismus entgegengesetzter: im Notfall das Vaterland und seine eigenen Rechte verteidigen zu können.

In der Praxis aber ist die Sache ganz anders. Das Militärsystem, das in der oben angegebenen Hinsicht Mittel zum Zweck sein soll, ist selbst Zweck und Hauptzweck im Deutschen Reich geworden, dem nicht nur alle Kulturzwecke untergeordnet sind, sondern für den auch der weitaus größte Teil der Mittel des öffentlichen Lebens aufgewendet wird.

Vor 45 Jahren schrieb der konservative Parteimann Hermann Wagener in seinen „Staats- und Gesellschaftslogiken“ (Bd. 13 S. 376 ff.):

„Als zu Anfang dieses Jahrhunderts bildete der Militärstand ein in sich abgeschlossenes und den übrigen Staatsbürgern mehr oder weniger entfremdetes Ganze, indem die Werbung, die langjährige Dienstzeit, Erfahrungsmodus usw. und viele andere Verhältnisse den Gliedern der Armee eine Sonderstellung anwiesen. Erst nachdem in sämtlichen europäischen Staaten die Armeen allgemein nur aus Landeskindern bestanden, und die Dienstpflicht unter Aufhebung der früher in allen Staaten äußerst zahlreichen Exemtionen, wodurch namentlich die wohlhabenderen Klassen fast ganz vom Militärdienst befreit waren, eine mehr oder weniger allgemeine geworden ist, hat eine für beide Teile heilsame und dem ganzen segensreiche Verschmelzung des Wehrs und des bürgerlichen Standes stattgefunden.“

Diese Folgerung war schon damals, als sie niedergeschrieben wurde, nicht richtig, und heute trifft sie noch viel weniger zu. Bereits in den fünfziger und sechziger Jahren klagten liberale Politiker in Preußen über die wachsenden Gefahren der Militärherrschaft, die zum Militarismus führen müsse. Und damals bestand schon die allgemeine Wehrpflicht. Die Entwicklung, welche seitdem in Preußen-Deutschland der Militarismus genommen hat, kann darüber belehren, daß die demokratische Institution, die allgemeine Wehrpflicht, nicht davor bewahrt blieb, antidemokratischen Zwecken dienen zu müssen. Fürst Bismarck hat nie ein Gefühl daraus gemacht, daß für ihn beim stehenden Heere und

bei dessen kriegerischer Betätigung in erster Linie oder durchaus die dynastischen Interessen des Hohenzollernhauses maßgebend waren. In diesem Interesse gingen ihm alle anderen auf. Wesentlich von diesem Gesichtspunkt aus ist die Entwicklung unseres Militarismus zu betrachten und zu beurteilen. Eine Bestimmung des Charakters und des Zweckes der Armeen sprach Wilhelm II. am 13. November 1893 aus, als er in einer Ansprache an Soldaten sagte: „Der Soldat soll nicht seinen Willen haben, sondern Ihr sollt alle einen Willen haben, und das ist mein Wille; es gilt nur ein Gesetz, und das ist mein Gesetz.“

Die Entwicklung des Militarismus hat sich in einem stetig schroffer werdenden Gegensatz zu den Interessen des Volkes vollzogen. In materieller Hinsicht ist zunächst zu verweisen auf das beständige, ungeheure Anwachsen der Militärausgaben, die sich von 1872 bis 1906 auf etwa 35 000 Millionen Mark belaufen. Die nahezu vier Milliarden Schulden, die das Deutsche Reich seit 1876 gemacht hat, sind bis auf einen geringen Bruchteil dem Heer und der Marine zu gute gekommen. Riesige Summen! Daß sie nötig gewesen wären, um die Wehrfähigkeit der Nation zu erhalten, ist, auch von uns, oft mit gutem Grund bestritten worden. Man erinnere sich nur, von welch bestimmendem Einfluß auf diese Entwicklung rein persönliche Anschauungen und Wünsche maßgebender Faktoren über die Notwendigkeit der „Weltmacht-politik“ gewesen sind. Selbstverständlich ist von diesem Einfluß auch unsere ganze Wirtschaftspolitik in höchst ungünstiger Weise betroffen worden. In engster und unlosbarer Beziehung zum Militarismus steht das System der Zölle und indirekten Steuern, das sowohl dem Militarismus wie seinen gefühlspatriotischen Verteilern, den Junkern und Großindustriellen, zu gute kommt. Für gewisse Eliten von Großkapitalisten ist der Militarismus die Quelle reichen Profits geworden, woraus sich der „Patriotismus“ dieser Eliten genügend erklärt.

So sind dem Volke zu Gunsten des Militarismus ungeheure Lasten aufgebürdet worden, unter denen besonders die arbeitenden Klassen schwer zu leiden haben.

So schlimm diese Konsequenz auch ist, so ist sie doch noch nicht die aller schlimmste. Wenigstens sind wir geneigt zu der Annahme, daß gegenüber dieser materiellen resp. wirtschaftlichen Schädigung, die durch Anwendung geeigneter Mittel überwunden werden kann, gewisse andere Konsequenzen des Militarismus viel schwerer ins Gewicht fallen. Diese Konsequenzen sehen wir in dem aus dem ganzen System resultierenden Bestreben, das ganze politische und wirtschaftliche Leben dem Geiste des Militarismus, einem Geiste der Ueberhebung und Ausschließlichkeit, mehr und mehr unterzuordnen.

Jeder Angehörige des Deutschen Reiches soll, wenn er wehrfähig ist, einen Teil seiner Zeit und Kraft der Ausleistung der Wehrpflicht opfern. Aber mit Ausnahme der Berufs Soldaten hat jeder Wehrpflichtige einen bürgerlichen Beruf, in dem er dazu beitragen muß, das zu schaffen, was der Militarismus gebraucht. Man mag, von praktischen Erwägungen ausgehend, in Betracht der ohwaltenden Verhältnisse zugeben, daß der Soldat seine Angehörigkeit zu einer Partei nicht betätigen soll, während seinem Denken und Fühlen die Disziplin seine Fesseln auferlegen soll. Aber wir sehen, daß der Militarismus selbst Partei ist, daß er alle Soldaten ohne Unterschied auf ein bestimmtes politisches Programm, in welchem die Interessenzwägungen herrschender Faktoren zum Ausdruck kommen, verpflichten will. Der Militarismus betreibt permanent politische Propaganda, die sich nach den politischen Ansichten und Bestrebungen der jeweiligen Machthaber richtet. Er erklärt politische Parteien, deren Dasein und Bestehen die Machthaber mißbilligen, in Verfall, und ist bemüht, auf die Soldaten dahin einzu-

wirken, daß sie sich solchen Parteien gegenüber feindsichtig stellen. Die Sozialdemokratie wird als der auf gewalttätigen Umsturz sinnende „innere Feind“ betrachtet, den jedes Verteidigung von Thron, Altar, Eigentum usw. niederzuwerfen, eine Aufgabe des Heeres sein könnte.

Nicht nur für die Dienstzeit will der Militarismus die Wehrpflichtigen auf das politische Programm der Machthaber verpflichten, sondern auch darüber hinaus, für das ganze Leben! Man hat das unerhörte Dogma erfunden, daß der, der den Fahnen eidi (bekanntlich ein Zwangsgebiß) geleistet, „nach Ehre und Gewissen“ verpflichtet sei, auch als Bürger allezeit in politischen Angelegenheiten, bei Wahlen usw., nur so zu handeln, wie es den Ansichten und Absichten des obersten Kriegsherrn und seiner Regierung entspricht. Zu diesem Dogma bekennen sich ganz offen die Kriegervereine. Insbesondere wird an den Reserveoffiziere die Anforderung gestellt, daß er sich bei „Verlust seiner militärischen Ehre“ nicht zu mißliebigen Parteien bekennen.

Wird schon dadurch ein schroffer Gegensatz zwischen Militär und Volk geschaffen, so erfährt dieser Gegensatz weitere Verschärfung durch das Bestreben, den Soldaten, hauptsächlich den Berufs Soldaten, als seinem persönlichen Wert und seiner Bedeutung nach „hoch erhaben“ über den „Bürgerlichen“ erscheinen zu lassen. Damit verbindet sich jener korrumpierende, auf das bürgerliche Leben übertragene militärische Sonderbegriff, der — einen fürchterlichen Kontrast zu den Soldatenmishandlungen durch Vorgesetzte bildend — im Duellunfug und in brutaler, nicht selten mörderischer Selbstjustiz gegen wirkliche oder vermeintliche Beleidiger seinen Ausdruck findet.

Singu kommt, daß der Adel die Befehle der Offiziere stellen im Heere geradezu als sein Privileg erachtet und daß dieser Prästension Rechnung getragen wird. Ferner, daß die massenhaft vorhandenen pensionierten Offiziere überall in amtliche und bürgerliche Stellen einbringen, anderen, vielfach viel tüchtigeren Menschen die Anstellung unmöglich machend. Durch die gezielte geordnete Anstellung von Militärämtern, wonach diese Anstellung den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden geradezu zur Pflicht gemacht wird, erfährt der Interessengegensatz zwischen Militarismus und Volk weitere Verschärfung.

Berücksichtigt man noch die der Volkstümlichkeit durchaus entbehrende militärische Sondergerichtsbarkeit und die so oft dem öffentlichen Rechtsbewußtsein widerstrebende Jurisdiktion der Militärgerichte, so hat man so ziemlich alle die Tatsachen beisammen, aus denen sich mit unzweifelhafter Gewissheit ergibt, daß im Deutschen Reich allerdings der Militarismus herrscht, daß wir mit bedenklichen Ausartungen des militärischen Geistes und mit einem nicht minder bedenklichen Ueberwuchern militärischer Sonderinteressen zu rechnen haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Diskonterhöhungen der europäischen Zentralnotenbanken: England und Deutschland. — Die Lage in Amerika. — Konurse und Abgang der Bekleidungen.

Die tristen letzten Ereignisse haben sich zuletzt förmlich überschuldet. Allerdings sind sie noch immer vorwiegend auf den Geld- und Kreditmarkt und die Werten beschränkt geblieben. Ferner bilden nach wie vor die Vereinigten Staaten den eigentlichen Herd der Kreditkrise. Aber durch die notwendig gewordenen Gegenmaßnahmen gegen allzu starke Geldverluste sieht sich das europäische Unternehmertum gleichfalls vor eine unerhörte Verteuerung des Reichkapitals gestellt.

Schon die Diskonterhöhungen der letzten Oktoberwoche waren außergewöhnliche: die Deutsche Reichsbank ging am 29. Oktober von 5% pzt. auf 6% pzt. über, die Bank von England am 31. Oktober von 4% pzt. auf 5% pzt. Doch erst der Novemberrang enthielt die großen Öffentlichkeit den ganzen Ernst der Lage. Bereits vom 4. November ab setzte die Londoner Bankleitung ihre

Mate auf 6 pSt. vom 7. November ab sogar auf 7 pSt. fest. Am nächsten Tage befiel der Zentralausfluß der Reichsbank, den Zinsabzug für Wechsel abwärts um ein halbes Prozent (von 6½ auf 7½ pSt.) zu steigern und entsprechend den Lombardzinsfuß (für Darlehen gegen Hinterlegung und Verpfändung von Wertpapieren und Waren) von 7½ auf 8½ pSt. emporzuführen. Inzwischen hatten bereits die französische Bank, die belgische Nationalbank, die japanische Nationalbank zu gleichen oder ähnlichen Sicherungsmitteln gegriffen; es folgten die schwedische Reichsbank, die dänische Nationalbank, die Banken von Bombay und Bengalen. Dabei steht der Übergang zum neuen Jahre erst der Tür, der fast regelmäßig bei der Deutschen Reichsbank und bei anderen Zentralbanken die höchste Inanspruchnahme mit sich bringt.

7 pSt. in England — seit dem großen Crash der siebziger Jahre hat man einen solchen Diskont nicht wieder erlebt. Aber 6 pSt. war die Bank seitdem niemals wieder hinausgegangen. 6 pSt. hatte man allerdings öfter erhoben, so Ende 1878, Anfang 1882, Ende 1889, Ende 1890, Ende 1899, schließlich im Oktober 1906. Und sogar die Verordnungsbehörde im Jahre 1873 hatte sehr bald wieder eine niedrige Zinsrate zurückgeführt, auf die in der Gegenwart vorläufig in keiner Weise zu hoffen ist. Am Sonnabend, den 18. Oktober 1873, war es, daß die Bank von England den Diskont bis auf 7 pSt. anziehen zu müssen glaubte; am Sonnabend, den 1. November, war man damals bereits bei 8 pSt., am Freitag, den 7. November, bei 9 pSt. angelangt. Auf dieser Höhe blieb man bis zum 20. November, der eine Herabsetzung bis auf 8 pSt. brachte; acht Tage darauf, am 27. November, begünstigte man sich wieder mit 6 pSt., am Jahreschluß sogar mit 4½ pSt. Diesmal werden sich das Auf und Ab kaum so rasch folgen. Bis zum Schluß der ersten Novemberwoche hatte die Bank von England 6½ Millionen Pfund Sterling (130 Millionen Mark) Gold eingebüßt; das meiste davon war wohl über den Atlantischen Ozean gegangen. Aus den schlimmsten Verlegenheiten half die Bank von Frankreich, die gleich in den ersten Novembertagen ihrer englischen Kollegin 75 Millionen Francs Gold gegen Sterlingwechsel zur Verfügung stellte.

Die Deutsche Reichsbank brauchte noch niemals einen Diskont von 7½ pSt. zu normieren. Um auf ähnliche abnorme Verhältnisse zu stoßen, muß man bis auf den Beginn des deutsch-französischen Krieges zurückgehen, während dessen die Reichsbank selber bekanntlich noch nicht bestand. Sogar die Rate von 6 pSt. war bis 1893 etwas ganz Ausserordentliches; nur 1870 und 1882 hatte man vorübergehend mit ihr rechnen müssen. Erst auf dem Gipfel der Hochkonjunktur von 1898 bis 1900 gewöhnnte man sich an die hohen Diskontsätze, die alsdann auch die diesmalige Prosperität seit 1906 begleiteten, während in den stilleren Zwischenjahren 1901 bis 1904 4 pSt. (1902 und 1903) und 5 pSt. (1901 und 1904) nicht überschritten wurden. In der letzten letzten Oktoberwoche hatte man mit der Rate von 6½ pSt. die Zurückdämmung des gefährlichen fremdländischen Goldzuges — meist handelte es sich um Goldabflüsse nach England, jedoch im Hinblick auf Amerika — nicht zu erreichen vermocht. Der Goldabfluß ins Ausland wuchs zusehends, so daß der Vorschlag eines Abkommens des Metallbestandes um 58,12 Millionen Mark kam, bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Inanspruchnahme für Wechsel um fast 100 Millionen Mark (98,24 Millionen Mark), ferner bei einer Vermehrung der umlaufenden Noten um über 78 Millionen Mark. Am 8. November legte der Präsident Dr. Koch dem Zentralausfluß nochmals dar, daß die Reichsbank in einer Woche von neuem rund 60 Millionen Mark Gold an das Ausland verloren habe, teils in fremden Goldmünzen, teils in Inanspruchnahmen. Wenn man nicht den vollen Anprall des ausländischen Goldzuges ausschließlich auf Deutschland lenken wollte, so mußte man wohl oder übel der Londoner Diskont-erhöhung sofort folgen.

Wie haben sich aber die Verhältnisse in Amerika selber gestaltet? Kaum wesentlich besser als wir das letzte Mal schilderten. Wie so oft, rächt sich der beispiellose amerikanische Gründungs- und Börsenschwindel jetzt dadurch,

daß alle Werte nichtig und verdächtig erscheinen, außer barem Geld oder doch gesetzlich dem Bargeld gleichgestellten Zahlungsmitteln. Ueberaus charakteristisch lesen wir in einem großen englischen Fachblatt: „Das dringende Erfordernis ist augenblicklich eine Maßnahme, die bewirkt, der amerikanischen Geschäftswelt in irgend welcher Form Zahlungsmittel zugänglich zu machen, deren innerer Wert fraglos anerkannt wird. Die gewöhnlichen Hilfsmittel der wirtschaftlichen Zivilisation scheinen hier vorläufig zu versagen. Selbst ein so außerordentlicher Notbehelf, wie die Ausgabe von Clearinghauscheinen seitens der Nationalbanken, hat nichts genutzt. Wer Geld besitzt, hält es in Versteck; warum sollte man sich der einen Reichtumsform entäußern, die bei dem heutigen abnormen Zustand allein unerschüttert dasteht? Aber man muß etwas finden, und zwar sofort, was den Abgrund ausfüllt, der dadurch entstanden ist, daß alle gewöhnlichen Zahlungsmittel in ihrer Wirkungskraft zusammengeschrumpft sind, außer hartem Geld und seinen gesetzlichen Ersatzmitteln.“ Bis jetzt hat man jedoch noch nichts gefunden, und auch der Gedanke, den Kongress zu einer Sonderession, eigens für

papiere und in den Sanierungen schwankender Unternehmungen. So betandete J. Pierpont Morgan sein gutes Herz, indem er von ein paar hülfslosen Treuhandgesellschaften die aufgelaufenen Aktien der Tennessee Kohlen- und Eisengesellschaft übernahm, zu einem Spottpreis natürlich, und zugleich mit dem beglückenden Gefühl, daß er nunmehr den rührigen Gegner seines Stahltrusts vollständig in den Händen habe. Wenn das Börsenschlachten besser zu übersehen sein wird, so werden wir als Ergebnis wahrscheinlich noch viele solche „Konzentrationen“ konstatieren können.

Bei uns sind bisher größere Katastrophen nicht zu verzeichnen: Jedoch häufen sich die kleineren Zusammenbrüche mehr als je. Voran schreitet diesmal Hamburg, ähnlich wie bei der letzten Krifts. Leipzig mit seinem Erz- und Treibholzern. So stellte in den ersten Novembertagen die Firma J. Rappenberg, die Kommissions-, Import- und Exportgeschäfte betrieb, infolge großer Verluste an der Warenhandelsbank, mit etwa 2 Millionen Mark Passiven, ihre Zahlungen ein. In Berlin ist dem großen Hotelgründungsring, der sich mit dem Namen Eberbach verknüpfte, und der allerhand Hotels innerhalb und außerhalb der Reichshauptstadt zu einem förmlichen Hoteltrust vereinigen wollte, infolge der Kreditverleumdung und Geldhemmung vorzeitig der Atem ausgegangen.

Für die Produktion wird sich die Zurückhaltung in den Befehlen wahrscheinlich rasch fühlbar machen. Niemand möchte sich bei den offenbar langandauernden Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung irgendwie für die Zukunft engagieren; jedermann wartet mit seinen Aufträgen, weil er später zu niedrigeren Preisen abzufischen hofft, und weil er bei der überwiegenden pessimistischen Stimmung den künftigen Absatz sich weitest möglich einengen sieht. Bis zum Jahreschluß werden wir uns deshalb noch auf viele Uebertragungen gefaßt machen müssen.

Berlin, 11. November 1907.

Wag Schippel.

Mit dem 30. November endet das Beitragsjahr im Zentralverband der Maurer! Wer möchte seiner Organisation etwas schuldig bleiben?

Die Beratung einer Bank- und Währungsreform, zusammenzuberufen, ist aufgegeben — einmal, weil jede Reform erst nach Monaten ihre Wirkungen entfalten könnte, ferner jedoch, weil Schwindelwerte und Entwertungen im heutigen kapitalistischen System wohl durch eine allgemeine „Abrechnung“, d. h. eben: durch eine Krifts, aber nicht mit Geld, quadratmeterweise geteilt werden können; so notwendig für die Vereinigten Staaten die Verstellung einer größeren Zahlungsmittelersparnis ist, so notwendig ist es auch, in der „Woll. Bg.“, schildert ein Korrespondent noch heute die Lage folgendermaßen: „Die Goldprämie (das Aufgeld für wirkliche Goldmünzen) von etwa 8 pSt. hat sich behauptet; Zeitdarlehen sind in New York nicht unter 10 pSt. zu haben; die Gehälter und Löhne werden nach wie vor in Schicksel (Wartungsanweisen) ausgezahlt, und bedrohliche Gerüchte laufen um von Schwierigkeiten hervorbringender kaufmännischer Firmen.“ Die Erregung kommt ferner darin zum Ausdruck, daß man die großen Trübsalstage für den ganzen Zusammenbruch verantwortlich zu machen sucht: sie sollen die Kursstürze und die Panik gewollt haben, um die trübseligen Agitationen und Gerüchte zum Schweigen zu bringen. Das ist zum mindesten maßlos übertrieben: Tatsache ist dagegen, daß die noch aufrecht stehenden und leistungsfähigen Finanzkräfte ein reiches Gewinne verprechendes Tätigkeitsfeld finden in dem Ankauf spottbilliger Wert-

Politische Umschau.

Fürs gleiche Wahlrecht in Preußen! Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat folgenden Aufruf erlassen:

Am 26. November tritt die Räteversammlung, die auf Grund des elendesten aller Wahlrechts, gewählt ist, der preussische Landtag, zu seiner letzten Sitzung dieser Legislaturperiode zusammen. Es gilt alle Kraft einzusetzen, dafür zu sorgen, daß endlich jenes, durch einen Verfallstreich der Regierung eingeführte Wahlrecht beseitigt wird.

Wir fordern die Parteigenossen in ganz Preußen auf, am Dienstag, den 26. November, Massenversammlungen einzuberufen, um gegen das Unrecht, das bald 60 Jahre bestanden hat, zu protestieren.

In den Orten, wo aus lokalen Gründen die Protestversammlungen am Dienstag, den 26. November, nicht möglich sind, möge man eine solche Versammlung an einem der folgenden Tage, spätestens aber am Sonntag, den 1. Dezember, einberufen, damit das preussische Volk in der ersten Woche des Jahres 1908 das Landtags zum Ausdruck bringt, wie es über die Schmach des Dreiklassenwahlrechts denkt.

Arbeitslohn und Lebensmittelpreise. In der letzten Nummer unseres Blattes beschäftigten wir uns mit den Ausführungen des Regierungskommissars Dr. Roscher im hiesigen Landtag. Der Herr hat unter Verweisung auf eine die Steigerung der Löhne der Maurer in Sachsen betreffende Statistik unseres Verbandes die Behauptung aufgestellt, daß die Lebensmittelpreise durch die Lohnsteigerung für die Masse der Arbeiter Sachsens ausgiebig geworden. Wir haben darauf geantwortet, daß der Herr sich da in einem argen Irrtum befindet. Auch der Dresdener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ weist ihm die Unhaltbarkeit seiner Beweisführung nach. Er schreibt, in Sachsen haben von besonderem Anlaß, sich mit der Tatsache zu beschäftigen, daß die hohen

Hamburgs Elbtunnel.

Hamburg liegt an beiden Seiten der Elbe, rechts das Wohngebiet, links Häfen, Werften und Fabriken. Zwei feste Brücken verbinden beide Ufer am südlichen Ende der Stadt, wo die Großschiffahrt aufhört; mittels jedoch und weiter hinunter nach Nordwest, wo sich der gefährliche Hafenerverkehr abwickelt, wo linkselbisch von Jahr zu Jahr immer größere Hafenanlagen, neue Werften und Werfterweiterungen entstehen, entbehrt Hamburg einer festen, zu allen Zeiten sicher funktionierenden Verbindung zwischen den Wohn- und Arbeitsplätzen vieler Tausende seiner Bewohner, ein Mangel, der namentlich im Winter, wenn die Fährdampfer wegen Treibeises außer Betrieb gesetzt werden müssen, zur schweren Katastrophe wird.

Fünfundzwanzig Jahre hindurch hat das Problem: bessere Verbindung der beiden Elbufer, die geschwebenden Räderpfeiler und die schwerverfügbaren Schrägen beschäftigt; Hochbrücken, unter deren Bögen die stolzen Fährmasten ungehindert hindurchgehen könnten, Untergrundbahnen, große Fährden und Tunneln wurden in den Ingenieurbüreau projiziert, aber immer schienen die Schwierigkeiten so groß, daß man sich nicht an die Ausführung solcher Projekte heranwagte, sondern sich immer wieder mit kleinen Verbesserungen des Fährbetriebs begnügte. Endlich, im Frühjahr 1904, brachte der Senat einen Antrag auf Erbauung eines Doppeltunnels an die Bürgerschaft, dessen Baukosten auf circa 8¼ Millionen Mark veranschlagt waren.

Nach weitläufigen Verhandlungen ist schließlich folgender Plan zu Stande gekommen, dessen Ausführung der bekannte Firma Pf. Holzmann & Co. in Frankfurt a. M. übertragen worden ist.

Auf beiden Ufern wird je ein senkrechter Schacht von 22 m tiefem Durchmesser abgeteuft, zwischen deren Achsen die Tunnellänge 448,5 m beträgt. Der Tunnel soll mit

seiner Oberkante 6 und mit der Unterkante 17 m unter der jetzigen Sohle der Elbe liegen, so daß eine etwaige spätere Austiefung des Fahrwassers auf 8 m Hamburger Fluß und 13 m Hochwasser möglich ist. Die dann verbleibende Sandtiefe von 8 m ist stark genug, ein Zerdrücken des Tunnels durch gestaute Strömung zu verhindern.

Ueber die Ausgestaltung der Anlage und den Baubetrieb entnehmen wir einem Vortrage des Baumeisters O. Stodhausen im Architekten- und Ingenieurverein das Folgende: Die beiden Tunnelröhren, von denen jedes nur in einer Richtung benutzt wird, haben einen äußeren Durchmesser von 8 m; sie werden mit gebogenem Profilsisen umkleidet — wovon 5000 Tonnen. (A 20 Zentner) erforderlich sind — und ausbetoniert. Die Fährbahn hat eine Spurweite von 1,82 m, beiderseits schiefen sich an sie 1,25 m breite Fußwege an. Die Seitenwände sind senkrecht angeordnet, um das Innere freundlicher und höher erscheinen zu lassen. Zugleich wird dadurch der Vorteil erreicht, daß eine ziemliche Betonmenge eingebracht werden kann und der Tunnel schwerer wird. Immerhin wiegt der Tunnel auch damit noch weniger als das verdrängte Wasser, hat also das Bestreben, aufzuschwimmen. Es wäre also zu befürchten, daß er im Verlauf der Jahre langsam in die Höhe wandert und dabei Spannungen und Unstabilitäten erleidet. Um dieses zu verhindern, werden pro laufenden Meter 3100 kg Eisenballast eingebracht, wodurch das Eigengewicht des Tunnels auf 1,01 steigt.

Von den beiden Schächten aus hat die Tunnelsohle ein Gefälle von 1,60 = 1:100, und an den beiden Endpunkten des Gefälles sind Pumpenpumpen vorgesehen, die das zum Reinigen des Tunnels benutzte Wasser samt den tierischen Abgängen aufnehmen. Zwei Hochdruckzentrifugalpumpen, von denen die eine zur Meeresoberfl. oben die Wasser in die städtischen Gieße.

Das ganze Innere soll mit Porzellanplatten ausgelegt und durch elektrische Glühlampen hell erleuchtet werden.

In jedem der Fahrschächte laufen sechs Aufzüge, von denen die mittleren vier für Wagen, die äußeren zwei für Personenverkehre bestimmt sind. Jeder Aufzug soll nur in einer Richtung benutzt werden, um Kreuzungen des Verkehrs zu vermeiden.

Die Geschwindigkeit der Aufzüge ist verschieden. Am raschesten laufen die Personenaufzüge, die einschließlich der Anfahr- und Verzögerungsperioden 25 Sekunden für die Bewegung brauchen. Die kleinen Wagenaufzüge sollen den Weg in 30, die großen in 35 Sekunden zurücklegen. Im Anfang des Betriebes wird ein Führer mitfahren und den Aufzug vom Fahrkorb aus ein- und ausfahren; zu diesem Zweck sind in den Wagenaufzügen neben der Einfahrtstür kleine Austritte angeordnet. Nach Gewöhnung des Publikums, und besonders für den Wagenverkehr, wird man wohl auf Begleitung verzichten können. Um dies zu ermöglichen, ist eine zweite vom Standpunkte des den Verkehr regelnden Wärters zu bedienende Steuerung vorgesehen. Der Wärter wird nur einen Hebel umlegen haben, alles weitere, das Ein- und Ausfahren der verschiedenen Geschwindigkeitstufen sowie das Anhalten am Ende der Fahrt, besorgt der Aufzug automatisch. Es wird dadurch an Zeit gewonnen, an Personal gespart. Für den Notfall, daß aus irgend einem Grunde ein Aufzug unterwegs stehen bleibt, sind an je zwei benachbarten Aufzügen kleine Ballone angeordnet, mit Hilfe deren Personen in den benachbarten, in gleicher Höhe zu fahrenden Aufzug übersteigen können. Außerdem werden in jedem Schacht doppelte Nottreppen in leichter Entloftung eingebaut, die dem Publikum offenstehen sollen, wahrscheinlich aber, weil sie 141 Stufen zählen, im regelmäßigen Betrieb sehr wenig benutzt werden. Für einen Massenverkehr sind sie ohnehin wegen ihrer auf 1,40 m festgelegten Breite nicht geeignet.

Sämtliche für die Bewegung der Aufzüge erforderlichen Motoren, Winden und Hülfsmaschinen werden in

Lebensmittelpreise auf die Volksernährung drücken, da dort die Lebenshaltung eines immerhin erheblichen Teiles der Bevölkerung schon in Jahren mit mäßigen Lebensmittelpreisen sehr dürftig ist. Dazu führt er aus:

Wer das kennen lernen will, der muß die Verhältnisse in gewissen Industriegebieten prüfen; nicht etwa nur im Erzgebirge und im Sauerlande. Vieles ist in den letzten Jahren erträglicher geworden, aber auch heute sind noch lange Arbeitszeiten, geringe Löhne, Armut, soziale Zustände, von denen man sagen kann: Das Leben ganzer Familien packt mich an! Meiner die Ursachen wollen wir heute nicht reden.

Jene Arbeiterbedürfnisse mit dem Vornehmsten und dem besten Willen wird von der gegenwärtigen Preissteigerung wenig berührt. Soll sie sich regelmäßig des Sonntags einen Braten oder selbst nur ein Stück Suppentisch kaufen, dann müssen die Preise schon so tief stehen, wie zu Großbürgern. Die Hauptnahrung dieser Bevölkerung bilden Brot und Kartoffeln. Solange da 'erträgliche' Preise herrschen, klagt sie selten. Ist in die Bedürfnisselosigkeit von Arbeitern an den Lebensregeln, zur notwendigen Jugend, gewissermaßen zur Verfassung gekommen. Ist ihr selbst ein wenig mehr für die Unternehmung mehr; was hier zu gelegentlich, muß der dürftigen Lebenshaltung an einer anderen Seite wieder abgerufen werden. Bei einem wachsenden Einkommen vieler Arbeiterfamilien von 10—12 und bei den heutigen Lebensmittelpreisen wird alles Zureichende über das Existenzminimum überflüssig. Die Tarifkassen reden hier lauter als Worte.

Der Korrespondent des bürgerlichen Blattes sagt dann, die Annahme des Dr. Mosher, daß die Steigerung der Arbeitslöhne die erhöhten Lebensmittelpreise ganz ausgeglichen habe, nur ganz ausnahmsweise zutrifft:

In manchen weitläufigen Gebieten der Provinz Sachsen sind in den letzten Jahren überhaupt keine Lohnsteigerungen eingetreten; in einzelnen sind die Arbeiterentlohnungen sogar zurückgegangen. Und wenn man das alles nicht wüßte, so würde das die amtliche sächsische Einkommensstatistik eine sehr deutliche Sprache reden. Im Jahre 1905 hatten von 194 359 eingeschätzten Personen 86 801 ein Einkommen bis zu M. 700, ein solches bis zu M. 950 hatten 18 129. In diesen Klassen herrschte das Einkommen der weit überwiegenden Mehrheit der Arbeiter. Diese Statistik ist in der zweiten Kammer völlig unter den Tisch geschoben, obwohl sie bei einer Erörterung der Lohnsteigerung das größte Ansehen genießen sollte. Selbst Ministerialdirektor Dr. Mosher — ein unparteiischer, sonst sehr sachlich denkender Mann, der ein hartes Sozialgefühl und gewissermaßen als Familienvater besitzt — zeigte sich als Regierungsbefürworter von Arbeiterbedürfnissen. Man zu bemerken, daß das Arbeiterentlohnungen die Lebensmittelpreise wohl tragen können, trifft er auf die letzte Lebensmittelpreise des Deutschen Arbeiterbundes zu. Er hält, daß die Statistik des Metallarbeiterbundes und anderer Organisationen betrachten können, die Lohnsteigerungen in den letzten Jahren erkennen lassen. Alle diese Statistik beweist doch aber nur, daß einzelne, wenn auch weitestehende Arbeitergruppen ihr Einkommen verbessert. Einwandfrei feststellen, in welchem Verhältnis das zu den Preissteigerungen der hauptsächlichsten Verbrauchsgüter steht, der ganzen Lebenshaltung gewahrt, in nicht einmal bedacht werden. Man muß sich die Versuchung gegen eine Preissteigerung erheben, die aus der Arbeitslosigkeit resultiert, die Lohnsteigerungen beraubt, gelassen und streichende Löhne aber unberücksichtigt läßt. Diese Widersprüche ist politisch und wissenschaftlich unzulässig.

Das deckt sich ganz mit unseren Ausführungen. Hier wollen wir gleich einen Fehler berichtigen, der sich in unsere erste März-Ausgabe, einer Seite, eingeschlichen hat. Da heißt es: Weiter aber äußerte auch Herr Dr. Mosher (er ist der Sohn des bekannten Volksrechtswissenschaftlers), daß es, unter dem Gesichtspunkte wissenschaftlicher Disziplin betrachtet, ganz unzulässig ist, der Steigerung der Löhne nur die Steigerung der Lebensmittelpreise entgegenzustellen. Es muß heißen: was unter dem Gesichtspunkte usw.

Die Geben, rechtfertigen sich. Der Vorstand des Bundes 'vaterländischer Arbeitervereine', d. h. der gelben Gewerkschaften, ist in Gera beheimatet gewesen und hat eine Erklärung beschlossen, die in dem Organ des Bundes, 'Deutsche Treue', veröffentlicht wird. Es heißt darin:

Da baurand gegen den Bund vaterländischer Arbeitervereine, und zwar mit der Absicht, seine Beziehungen zu beschlimpfen, der Vorwurf erhoben wurde, er umfasse 'gelbe Gewerkschaften', ist sogar in der Absicht begründet, eine Zentralisation solcher Gewerkschaften zu bilden, erklären wir folgenden: Im Bund vaterländischer Arbeitervereine befindet sich nicht ein einziger Verein, der sich selbst zu den gelben Gewerkschaften rechnen und anderen Vereinen gegenüber, ihn zu diesen Gewerkschaften zu zählen; auch ist nicht ein einziger Verein im Bund vertreten, der seine Mitgliedschaft auf einen bestimmten Betrieb beschränkt. Es ist zu bedauern, daß überhaupt der Ausdruck 'gelbe Gewerkschaften' von irgend einer Seite als zureichend entgegengesetztem wurde und Vereine sich selbst in dieser Weise bezeichnen, da die sich daraus ergebende Verungeltung auf die Verhältnisse in Frankreich, vermerkt gewirkt hat. Wir erachten es als eine selbstverständliche Pflicht, für den einzelnen Arbeiter wie für Arbeitervereine, an dem gegenseitig gewöhnlichen Vereinigungs- und Auslandsarbeitern festzuhalten. Wenn Unternehmer oder andere bürgerliche Freunde der Sache die Gründung von Arbeitervereinen anregen, unterstützen, und den gegründeten Vereinen treulich beistehend zur Seite stehen, so erkennen wir darin kein Anzeichen einer gelben Gewerkschaft, vielmehr kann damit ein erfreulicher Ausblick zwischen den beiden wichtigen Faktoren unseres Volkswohlstandes in die Erscheinung treten. Selbstverständlich ist die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Bund, daß bei der Gründung und dem späteren Verhältnis auch der Schen eines Jünglings, demnächst werde. Auch erachten wir es nicht gegen die Freiheit des Arbeiters verstoßen, wenn durch Unternehmer oder durch andere Kreise die Möglichkeit der Aufnahme für Arbeitervereine gestiftet oder bestehende Organisationen dieser Art unterstützt werden. Auch daß es mit der Freiheit des Arbeiters nicht zu tun, wenn Vereine zur Unterstützung der Mitgliedschaft haben, daß die Mitglieder ihrem eigenen wirtschaftlichen und politischen Arbeiterbunde angehören dürfen. Damit ist der Wille zum Eintritt und Austritt in keiner Weise beschränkt. Tatsächlich wird diese Freiheit auch von allen bestehenden Arbeiterorganisationen gebührend, wie das Minimum zur Treue gegen starker und gleich für Mitglieder unserer Bundesvereine auch ohne besondere Versicherung ganz selbstverständlich ist. Die Gründung von Arbeitervereinen für besondere Werke halten wir nicht für inhuman, auch wenn sie durch örtliche Verhältnisse gegeben sein. Auch wird durch sozialdemokratischen Terrorismus die Bewegung einzelner Betriebe mit sozialdemokratischen Arbeitern oft geradezu erzwungen, und die Gefährlichkeit des Bundes wird mit geeigneten Verleumdungen dahingehend verdrängt zu treffen haben. In solchen Fällen ist ein Verein oft gar nicht zu umgehen.

Das ist eine recht absonderliche 'Rechtfertigung'. Die vaterländischen Arbeitervereine können doch die Ursachen, die diese 'Rechtfertigung' völlig hinlänglich machen, nicht aus der Welt schaffen. Sind sie sich dessen nicht wirklich nicht bewußt, daß das Unternehmertum sie mißbraucht, um terroristisch gegen die freien Arbeiterorganisationen vorzugehen? Auf Verleumdungen und mit Unterstützung der Unternehmer sind diese Vereine geschaffen worden; mit seiner allseitigen Autorisation über sie das Vereinigungsrecht aus, um den freien Organisationen in den Rücken zu fallen. Und das nennt ihr Vorstand einen 'erfreulichen Ausblick'! Von dem Augenblick an, wo sie das Auslandsrecht gebrauchten würden, hätten sie, wie es gehört, die Schöpfung des Unternehmertums zu sein.

Und die Vöhrle, 'Treue zu Kaiser und Reich'! Was hat die zu tun mit der Befreiung der Arbeiter, ihre Interessen gegenüber dem Kapitalismus zu verteidigen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, ihre Lage zu heben? Wenn man nicht schon freie Gewerkschaften erklären würden, daß sie nur solche Arbeiter aufnehmen, die auf die sozialdemokratischen Prinzipien schwören, daß ihre Mitglieder nicht mit anderen Denkenden Arbeiter zusammenarbeiten dürfen — na, das Gefährd über Terroris-

mus, das sich dann erheben würde! Der Vorstand des 'vaterländischen Arbeitervereins' oder vielmehr im Namen der Freiheit geradezu die vom Unternehmer mit Hilfe dieses Vereins gestiftete terroristische Propaganda, die anderen Organisationen und einer anderen Richtung angehören, zu maßregeln. Da heißt es: entweder dem 'vaterländischen Arbeiterverein' beitreten, oder Entlassung aus der Arbeit.

Wir hoffen nun allerdings, daß die Zeit nicht fern ist, wo es den Unternehmern nicht mehr gelingt, Arbeiter in solche Vereine hineinzuzwingen. Für die meisten der Mitglieder der gelben Gewerkschaften könne von einem freiwilligen Eintritt in dieselbe nicht die Rede sein. Sie sind zur Mitgliedschaft gezwungen worden. Und dieser Versuch wird bald ein Ende nehmen!

Der Terrorismus-Schwindel. Die Rede, die der preussische Handelsminister auf dem Festmahl der Delegierten des Verbandes deutscher Industrieller gehalten hat, wird von der 'Norddeutschen Allgemeinen Zeitung', dem offiziellen Regierungsorgan, ganz im Sinne der Schatzkammer kritisiert. Sie schreibt: Die Minister fordern, daß Ordnung und Autorität als Vorbedingung für den ganzen Auf und die Lässigkeit deutscher Arbeit wieder herrschen müssen, vornehmlich in unserem kranken Volkswesen, ist auch von anderen Seiten erhoben, ebenso wie die Aufrechterhaltung der Volksgenossenschaften. Auch für den Gedanken ist das Verständnis in weiten Kreisen des Volkes gewachsen, daß die Freiheit der Arbeiter wirkungsvoller als bisher gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie zu schützen ist. An ihm findet die sogenannte konstitutionelle Fabrik ihre engen Grenzen. Er und die Klassenkampfes der Sozialdemokratie sind es, die ein Zusammenarbeiten von Arbeiter und Unternehmer immer von neuem untergraben. Und doch ist die Erkenntnis für unsere wirtschaftliche Zukunft notwendig, daß wirtschaftliche Unternehmungen eine Gemeinschaft für die unmittelbare Produktion der Güter bilden und bilden müssen, die die Nation ernährt, und daß, soll diese Arbeitgemeinschaft ihre Aufgabe lösen, sie mindestens so lange dauern muß, bis das Gut produziert ist; sie kann aber nur bestehen, wenn Gemeinnut, aus Verständnis und Liebe für die gemeinsamen Aufgaben verbunden ist. Deshalb erfüllt der Anblick der gewalttätigen Arbeitskämpfe das Herz jedes weitschauenden Volkswirtes mit tiefer Verdrüß.

Also auch mit der sogenannten konstitutionellen Politik, d. h. der auf Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeiter und Unternehmer beruhenden Arbeit, ist es nicht. Er findet nach der Behauptung des offiziellen Blattes keine Grenze am 'Terrorismus der Sozialdemokratie'. Ergo, muß das Konstitutionsrecht der Arbeiter 'revidiert' werden. Das ist der Sinn der Auslassung der 'Nord. Allg. Ztg.'. Die 'Deutsche Tageszeitung', das 'Araar'-Organ, begrüßt diese diebstahlähnliche offizielle Kundgebung mit den Worten: Öffentlich ringen sich unsere maßgebenden Kreise immer mehr zu der Einsicht durch, daß der Terrorismus der Genossen mit härteren Waffen zu bekämpfen sei.

Also her mit einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse. Nur den 'Terrorismus der Sozialdemokratie' nennt man und das Recht der Arbeiterklasse nennt man!

In liberalen Blättern veröffentlicht ein Herr Dr. Hugo Wächter eine große Unwahrheit. Er behauptet, die 'sozialdemokratischen Kreise' der 'Verlegte des Ruhrgebietes' hätten den 'anderen' eine namentliche Abstimmung in der Frage des neuen Anknüpfungsstatutums 'aufgezwungen'. Dr. Wächter schreibt:

Die Grundlosigkeit der Sozialdemokratie, mit der sie den Terrorismus sogar über demokratische Programmsforderungen hinweg läßt, wird dadurch aufs neue offenbart, daß sie in der Signatur des Anknüpfungsvertrages die öffentliche Stimmabgabe durchgebrochen hat. Die sozialdemokratischen Vertreter des alten Verbandes warfen den bisherigen Abstimmungsmodus der geheimen Abstimmung um und setzten namentlich, das ist öffentliche Abstimmung durch, nur zu dem einen Zweck, ein Abweichen von der sozialdemokratischen Parole zu hindern

einer im ersten Stod der Einfahrtshalle liegenden Maschinenhalle bereinigt, wo sie mit dem geringsten Aufwand an Personal zu bedienen und zu beaufsichtigen sind.

Für die Bohrung der Tunnelrohre kommt der Boden sehr in Betracht. Die Untersuchung hat ergeben, daß linksseitig (Zeiinwärtiger-Seite) bis etwa zur Mitte des Elbbettes, der Boden aus wasserdurchlässigem Sand, teilweise Tuffstein, besteht, während auf der anderen Seite (St. Pauli) der Tunnel in feinsandigem Tonmergel zu liegen kommt. Dies in Berücksichtigung gezogen, wäre es richtig, auf der rechten Seite, im Tonmergel, zu beginnen. Dem steht jedoch entgegen, daß dort zur Zeit andere große Bauten ausgeführt (Umbau der Landungsbrücken) werden. Der Vauorgang wird sich deshalb im ganzen folgenbarm gestalten: Zunächst abarbeiten des harten, feinsten Steinmergels bis zum Frühjahr nächsten Jahres. Dann Vortrieb der beiden Tunnelrohre von ihm aus, was etwa 2 1/2 Jahre erfordert.

Im Frühjahr 1909 sollen die Arbeiten in St. Pauli, die Schachtbohrung, beginnen, um rechtzeitig fertig zu sein, wenn der Tunnelbetrieb das rechte Elbufer erreicht. Der Durchbruch ist im Sommer 1910 zu erwarten, in dem im allgemeinen auch alle anderen Anlagen, die Einfahrtshallen, Zollgebäude usw. zu erbauen sind. Im Frühjahr 1911 soll das ganze Werk vollendet sein. Die Kosten sind nunmehr auf A 9 500 000 veranschlagt.

Der Bahndamm Steinwärd wird pneumatisch verfestigt und als Eisenbetonkonstruktion ausgebildet. Er enthält auch einen sorgfältig getesteten und verbleimten Verschleiß, auf den innen ein wasserdrückende Schicht geteilter Leinwand aufgelegt wird. Das eigentliche Schachtmauerwerk wird aus einer 36 cm starken Schicht mit feinem, im Verhältnis 1:1 1/2 gemischt, dahinter mit gewöhnlichem Beton, im Verhältnis 1:7, hergestellt.

Der Vortrieb beim Bau wird dann folgender sein: Es wird zunächst eine offene Baugrube hergestellt und in

der Mitte ein Gerüst für zwei Derrid-Paufsäne errichtet. In dieser Baugrube wird dann die Gassondrüse montiert. Nach Beendigung der Montage erfolgt die Betonierung des Schachtmauerwerks bis zu einer gewissen Höhe, unter gleichzeitiger Verankerung durch Beginnung von Erde aus dem Innern, solange sich der Wasserstand bewältigen läßt.

Ist der Wasserstand zu stark, so muß die Gassondrüse eingehaut und der Arbeitsraum unter Druckluft gesetzt werden. Die weitere Verankerung erfolgt dann in üblicher Weise durch Abgraben und Ausfüllen der Erde unter gleichzeitiger Höherbetonierung der Schachtwand. Bei der großen Ausdehnung des Senkzylinders — der Arbeitsraum bildet eine 8,5 m hohe Halle, in der auf Stühlen bequeme 1000 Personen Platz finden — ist eine Ausbuchtung in Ketten und Schrauben nicht erforderlich. Im Gegenteil, es wird noch ein ziemlich, auf die Gassondrüse aufzubringender Wallstahl notwendig werden. Ist man auf diese Weise nach unten gelangt, wobei der Druck im Arbeitsraum allmählich auf 2 1/2 Atmosphären-Überdruck gesteigert werden muß, so wird die Sohle betoniert und die Luft abgelassen.

Durch eine Klappe in der Decke können dann die an der Oberfläche montierten Schilde herabgelassen werden. Nachdem dies geschehen ist, wird die Decke wieder geschlossen, wieder unter Druckluft gesetzt und die Schachtwandung nach dem Bau des Verbindungstunnels durchbrochen. Nach vollständigem Durchbruch wird der Schild aufgestellt und in das Erdreich vorgefahren. Die Verankerung des Tunnels erfolgt dann in üblicher Weise im Schilde des Schildes. Um den Boden durch die vor dem Schild austretende Druckluft nicht zu großem Umfange aufzulockern und damit die Gefahr von Durchbrüchen, soweit sie überhaupt möglich, zu beschränken, wird der zweite Tunnel, in einem Abstand von etwa 100 m hinter dem ersten erfolgen. Wenn beide Schilde genügend weit vorgefahren

sind, werden die Tunnel durch mit Schrauben versehenen Trennungswänden abgeheftet und der Schacht geöffnet.

Der Luftdruck beim Bau wird bis auf 2 1/2 Atmosphären Überdruck steigen, und in diesem Druck werden in drei Schichten im ganzen etwa 240 Arbeiter beschäftigt werden. Die Arbeiten in dieser Druckluft sind nicht ungefährlich. In New-York sind bei einem Doppeltunnel im vorigen Jahre allein 43 Menschen ums Leben gekommen. Allerdings waren die Sicherheitsvorkehrungen dort auch so, daß man nach dem Staatsanwalt schrieb: Der Wadsworthtunnel in London, der Tonmergel durchschneidet, hat überhaupt keine Opfer an Menschenleben verlangt.

Zedenfalls ist aber selbstverständlich, daß alles, was die heutige Technik und Wissenschaft Brauchbares zum Schutze der Arbeiter gefunden hat, angewandt werden muß und wird. Es werden unter Veranziehung der Medizinalbehörde zur Zeit die ausführlichsten sanitären und technischen Unfallverhütungsvorschriften ausgearbeitet. Durch ständige ärztliche Überwachung aller beim Tunnelbau Beschäftigten sollen Erkrankungen möglichst eingeschränkt werden.

Unvorhergesehene Ereignisse werden kommen, mehr als bei anderen Bauwerken, und mit einschneidenden Folgen. Wir wissen heute noch nicht, wann sie kommen und wie wir sie überwinden werden. Aber wir wissen, daß die moderne Technik sie überwinden wird.

Ist aber der Tunnel erst vollendet, dann wird Hamburg um ein Ingenieurbauwerk reicher sein, wie es sich in gleicher Eigenart in Deutschland nicht wiederfindet. Wir haben dann zwischen den Ufern der Elbe eine Verbindung im Rollinlande: die Elbbrücke; wir haben dann neu geschaffene eine Verbindung vom Freihafen mit Rollinland; den Tunnel. Eine dritte Aufgabe harret dann immer noch der Lösung: eine Verbindung von Freihafen zu Freihafen.

und den Andersdenkenden das Recht der freien Meinung abzugeben.

Gegen diese Terrorismustage nimmt „Der Bergarbeiter“ Organ des Gewerkevereins der deutschen Bergleute Stellung. Stellungnahme des Vaters ist Herr Hammer, der als Mitglied der Eisen-Kommission genau mit allen Einzelheiten der Statutenberatung vertraut ist. Das Blatt schreibt:

Und hier muß wieder der Vorwurf, die Sozialdemokratie habe die öffentliche Stimmenabgabe durchgebrochen, ganz entschieden zurückgewiesen werden. Die Sozialdemokratie hat mit der Stellungnahme der Bergarbeiter zu dem neuen Statut nichts zu tun, die nichtsozialdemokratischen Arbeiter und Bergarbeiterorganisationen würden sich jeden Versuch nach dieser Seite hin auch ganz energisch verbitten. Werkt man denn gar nicht, daß bisher nur das rein bergmännische Vorgehen ein einheitliches Handeln der verschiedenen Organisationen überhaupt ermöglicht hat?

Nicht die Sozialdemokratie hat die öffentliche Stimmenabgabe durchgebrochen, sondern die namentliche Abstimmung wurde von den Vertretern aller Richtungen in einer gemeinschaftlichen Konferenz beschlossen, dagegen erhob sich keine einzige Stimme. Auf dieser Konferenz waren auch solche Vertreter, die in der Generalversammlung für das Statut gestimmt haben, also auch diese hatten gegen die namentliche Abstimmung keine Bedenken. Die Vertreter haben sich also aus freiem Willen die namentliche Abstimmung zur Pflicht gemacht, indem sie glauben, dieses ihren Wählern schuldig zu sein. Wie stand es denn in dieser Beziehung früher bei den Abstimmungen mittels Stimmzetteln? Ein Teil der Wähler versteckte sich hinter den Stimmzettel und verhielt sich ihr wirkliches Verhalten bei der Abstimmung, sie führten also ihre eigenen Wähler und ihre Kollegen hinter das Licht, um der Kritik aus dem Wege zu gehen. Mit diesem unwürdigen Zustand haben die Vertreter dieses Mal aufgeräumt, und das war ihr gutes Recht. Die Knappheitskämpfe des Ruhrbezirks haben als Exorciismus gehandelt.

Damit ist wieder eine Terrorismustage entfällt.

Pensionen und Unfallrenten. Die Junker und die Schatzkammer können sich nicht genug in Klagen darüber tun, daß die Arbeiter, die von der Industrie zu Krüppeln geschossen worden sind, Krankheiten und Gebrechen simulieren, um im Genuß der Unfallrenten auf fremde Kosten ein schlechteres Leben führen zu können. Ein preußischer Graf war es, der im Herrenhause das brutale Wort sprach, daß die Arbeiter sich freuen, wenn sie einen Knacks bekämen, weil sie dann von ihren Unfallrenten faulenzeln können.

Die Klagen tragen den Stempel der Geheulerei an der Stirn. Nicht nur, daß die Unfallrenten jämmerlich niedrig sind und nur einen Teil des Verlustes ersetzen, den der Arbeiter im Dienste der Industrie an seiner Körperkraft erleidet, es ist diese armselige Rente nicht einmal gesichert. Die Verletzten müssen Jahr für Jahr gegen die Versicherungsanstalten kämpfen, die das Bestreben haben, die bewilligten Renten herabzusetzen oder aufzuheben. Dieser Kampf um die Rente wird zu einer solchen Folter für die verarmten Arbeiter, daß die Letzte eine nervöse Nervenkrankheit bereits kennen, die aus dem Prozeß um die Sicherstellung der Rente entsteht. Und um die Kürzung der Invalidenrente bemühen sich jahraus, jahrein die Revisionskommissionen, die zweiter und erster Klasse durch die Provinzen fahren und mehr Verwaltungsausgaben erfordern, als sie den armen Rentenbesitzern von ihren dürftigen Pensionen abzapfen können.

Wieviel bequemer haben es die Grafen und Barone in der Gewinnung ihrer Unfallrenten! Sie brauchen sich nicht bekümmern um die Industrie aus, sie haben es nicht notwendig, um die Rente zu ringen, und die Rente beträgt ebenfalls Tausende, wie die Arbeiter Bekommer erhalten. Ein Stabsarzt beweiheint ihnen ihre Dienstunfähigkeit und dann erhalten sie aus der vollen Kompottschüssel der für die Junker reservierten Sozialpolitik eine gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein.

Für die Proletarier führt der Weg zur Veteilerkeit über die Verkrüppelung. Für Junkeroffiziere bedarf es nur der kleinen Bemühung, daß ihre allzu eifrigen Anstrengungen hinter der Front zu dem Dienste vor der Front untauglich machen. Die Unfallrente der Arbeiter ist mit Blut und Verzweiflung gebüht, und man schimpft die Opfer dann noch Simulanten und Faulenzer. Geknechte der Nation aber werden einfach den § 175, sie mißbrauchen in verbrecherischer Weise die Dienstgemäß gegen Soldaten, und dann erhalten sie ihre Unfallrenten auf dem Gebiete der verletzten Liebe.

So wurde Graf Lynar, der Soldatenhändler, im November 1906 mit Pension verabschiedet, wie die Mangliste für 1907 ausweist. Der älteste Sohn des früheren Prinzregenten von Braunschweig ging denselben Pfad. Graf Bohnenau konnte sogar mit der Generalpension seine aktive Tätigkeit in der Armee beibehalten. Andere Offiziere wurden auf dieselbe Weise mit Pensionen entlassen. Die verkrüppelten Arbeiter aber sind Faulenzer und Simulanten, darum gehören sie auch nicht zu den Edelsten der Nation und zu den Schändern des Menschentums. Die Jugend steigt zwar in der christlichen Weltordnung, aber das Lafter im vornehmsten Mod kriegt die Pension.

Mehrwert! Das Jahr 1906 fand im Zeichen der Hochkonjunktur. Wohl fehlte es nicht an Hinweisen auf den kommenden Umschlag, aber die vermehrten der Gesamtanleihe des Wirtschaftsgetriebes einen Eintrag zu tun. Vereinzelt auch. Dieser kategorische Imperativ war der Grundton der überall aus dem Gessamp und Gessaff der kapitalistischen Profitmaschine herausklang. Kaum irgend eine Industrie, kaum irgend ein Erwerbszweig machte davon eine Ausnahme. Das Kapital hielt goldene Ernte. Neue Vermögen, neue gewaltige Reichtümer wurden geschaffen. Die Arbeit vor den Hochöfen, in den Kohlen- und Erzgrüben, in den Fabriksälen und auf den Bauwerken, wie in den Speichern und auf den Reis schuf neue Werte und Mehrwerte. Aber für wen? Eine Zusammenstellung des „Vorwärts“ der Abschlüsse

einer großindustrieller Unternehmungen, gibt die Antwort darauf.

Gesellschaft	Gesellschafts-jahr	Aktienkapital in tausend M.	Wahl der Arbeiter	Reingewinn überhaupt	pro Arbeiter
Schalker Gruben.	1906	10200	7091	4873642	43
Rachener Hütten.	1906	11500	7045	3875359	32
Nordstern.	1906	20000	9848	5771957	18
Rombacher Hütte	1906/07	33000	6717	4831575	14
Gläser Bergwerk	1906	8500	3038	2129285	25
Alheim Stahlwerke	1906/07	30000	9835	477417	16
Rumex Friede.	1906/07	20500	4205	6270121	30
Siedsch. A.-G.	1906/07	15000	8252	4381690	30
Sönder Verein.	1905/06	27028	7961	6060437	18
Konfolidation	1906	16000	6828	6157272	32
Phönix.	1906/07	100000	30944	17983039	18
Insgesamt.		291728	100670	64420794	22

Es haben also 100 070 Arbeiter M. 64 420 794 Reingewinn für die Aktionäre erarbeitet, jeder Arbeiter im Durchschnitt M. 644 — in einem einzigen Jahre!

130 Millionen Mark neue Steuern! Und zwar vorläufig nur! Das die Erde wird noch nachkommen. Diese trübselige Aussicht eröffnete der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Baasche den deutschen Steuerzahlern in einem Vortrage, den er seinen Wählern in Kreuznach hielt. Nachdem er ausgerechnet, daß wir dieses Jahr „nur“ 80 Millionen Mark zur Dedung des Defizits brauchen, fuhr er fort:

„Nun kommen noch die neuen Flottenausgaben, dann die Neuregelung der Beamtenbezahlung, die auch 50 Millionen erfordert. Man wird uns nicht gleich damit befehlen, damit der Schreden nicht zu groß wird. Im ganzen haben wir vorläufig 130 Millionen Mark neue Steuern zu bewilligen. Die kleinen Steuern haben wie Maßschiffe gemittelt und Unzufriedenheit erregt, ohne die Kasse des Reiches zu füllen. Die Fahrkartensteuer ist in der dämlich-möglichen Form eingeführt worden. Einzelne Klassen exorbitant hoch zu belassen, eine andere aber ganz frei zu lassen, ist verfehlt. Es ist infolge dessen nachgerade vornehm geworden, vierter Klasse zu fahren. Andere reiche Leute, die sonst erster Klasse fahren, nehmen jetzt eine dritte Klasse und fahren im Zweiteilwagen. Die Fahrt von Köln nach Berlin in der ersten Klasse ist gegen früher um M. 34 verteuert, die doch niemand so leicht hinauswürft. Die sich steigenden Zuschläge haben den Nachteil, daß alles eine Klasse tiefer rückt. Wenn wir dagegen auf alle Fahrkarten und alle Klassen, sofern das Fahrgehalt eine Mark übersteigt, 10 pSt. Steuer legen, nehmen wir eine gute Summe ein. Österreich erhebt 12 pSt., Frankreich 20 pSt. Zuschlag. Dabei sind unsere Züge viel besser eingerichtet und fahren schneller als anderswo.“

Also auch die vierte Klasse soll noch verteuert werden! Und dabei wagt Dr. Baasche zu sagen:

Wir werden die neuen Steuern, soweit es geht, den leistungsfähigen Schultern aufgeben; deshalb wollen wir auch direkte Steuern für das Reich, da indirekte Steuern immer die breite Masse treffen.“

Das ist ja doch nur Humbug! Wer hat denn alle die neuen indirekten Belastungen des letzten Jahres mit geschaffen? Die Partei des Dr. Baasche und er selbst mit. Jetzt schreit der Herr zu glauben, daß die armen Leute, die vierter Klasse fahren, die leistungsfähigen Schultern repräsentieren und daß die Fahrkartensteuer eine direkte Steuer ist!

Die Einkommensverteilung in Preußen. Wie anderwärts, so steht auch in Preußen die Masse der Bevölkerung aus Arbeitern zusammen. Daß diese Arbeiter arm sind, bemerken die Zahlen der neuesten Statistik für 1906. Danach befaßen von den 37 Millionen der preußischen Gesamtbevölkerung 20 Millionen, also mehr als die Hälfte, ein Einkommen von weniger als M. 900. Hierzu kommen noch circa 9 Millionen mit einem Einkommen von M. 900 bis 1500. Also fast 30 Millionen Preußen gehören der nichtbestehenden Klasse an, der Arbeiterklasse oder den Schichten der Unterbeamten und Kleinrentenbesitzenden, deren Lage genau so elend ist, wie die der Arbeiter.

Um der Masse der Armen ihre Lage noch unerträglicher zu machen, als sie so wie so schon ist, hat uns noch die Lebensmittelpreiserhöhung gefehlt!

Die Preise der Lebensmittel gehen immer höher hinauf. An der Berliner Börse z. B. notierte im Jahresdurchschnitt 1906/1906 Roggen M. 162, Weizen dieses Jahres aber M. 212, d. h. eine Steigerung von 62 pSt. Der Preis des Weizens stieg in derselben Zeit von M. 179 auf M. 231, gleich einer Steigerung von 45 pSt. Roggenmehl kostete im September 1906 rund M. 20,50, im November dieses Jahres M. 26,50. Weizenmehl stieg von M. 23,87 auf M. 30,25.

Auch Gerste, Erbsen, Gartenerzeugnisse, Butter und andere Nahrungsmittel haben Preissteigerungen von zum Teil sehr erheblicher Höhe erfahren. Die Fleischpreise stiegen nicht. Dazu die Steigerung der Kohlenpreise und der Winter steht vor der Tür.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Spandau (Sperrung über Noben), Moorloth (Sperrung über Mint);

Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperrung über Callesen), Wedel (Sperrung über Hatje);

Brandenburg:

Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreiskrankenhause), Götzbus (Sperrung über Röder in Weisswasser), Jüterbog (Sperrung über die Bauten von Niendorf aus Waltershausen und Wwe. Rüper aus Treuenbrietzen in „alten Lager“);

Pommern:

Pyriz (Sperrung über Friedr. Berg), Torgelow (Sperrung über Rambow), Podajuch (Sperrung über W. Berg);

Ost- und Westpreussen:

Sensburg (Sperrung über Rehse);

Posen — Schlesien:

Kuskau (Sperrung über Stalpnagel), Waldenburg (Sperrung über Tasler in Neu-Salzbrenn);

Königreich Sachsen:

Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, P. Walther, Kant- und Brandvorwerkstrasse, Ebert & Rödel, Brandvorwerkstrasse, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Lantusch Eisenwerkerei E. Becker & Co., in L. Möckern K. Edlich, Hahnerbierstrasse, und M. Staykal, Sohrtrasse, Colditz (Streik);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Celle, Norderny (Aussperrung);

Hessen und Waldeck:

Mainz (Sperrung über A. Westenberger), Glessen (Sperrung über Bernhard in Kleinlinde), Schmalkalden (Sperrung über Peter);

Bayern:

Sell (Sperrung über Jäger & Werner), Wasserburg (Sperrung über Nibauer), Dlessen (Streik);

Fliesenleger:

Duisburg (Sperrung über die Zwischenmeister Krüskens und Gebr. Bönnig), Nürnberg (Sperrung über Lottes, Vertreter Klingenberg).

Oesterreich:

Marienbad i. Böhmen (Aussperrung).

Ungarn:

Ujvidék, Zombolya, Zombor (Aussperrungen).

Holland:

Arnheim (mehrere Sperrungen).

Maurer werden gesucht in Lüdenscheid.

Ein neuer Streikbrotveragant!

Der bekante günstige Wind wehte uns das nachstehende Schriftstück auf den Redaktionstisch:

Bureau für Beschaffung von Arbeitswilligen für das Baugewerbe Deutschlands.

Sehr geehrter Kollege!

Bei bevorstehenden Streiks, bin ich in der Lage, Ihnen in kürzester Zeit für Ihren Betrieb Arbeitswillige in größeren Mengen zu beschaffen.

Als Mitglied des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend, habe ich im Sommer 1907 viele Arbeitswillige heran geholt, so daß wir den Sieg davon getragen haben. Sollten Sie gewillt sein, mir die Beschaffung von Arbeitswilligen für Ihr Streikgebiet zu übertragen, so senden Sie mir bitte alle Informationen und Auftrag.

Auch empfehle Ihnen Alfordmaurer und Zimmerer zu kulantem Bedingungen.

Ich beantrage für meine Tätigkeit pro Mann M. 5 und freie Reise.

Sie müssen, da Sie ja mindestens vier Wochen früher wissen, wann die Geheilen bezw. Arbeiter in Streik treten wollen, mir dieses mitteilen. Jedoch müssen Sie das Fahrgehalt bezw. Unkosten vorher einschicken, auch muß für sichere und ordentliche Quartiere gesorgt werden.

Ergebenst

Otto Genste, Maurermeister,

Mitgl. d. Verb. d. Baug. v. Berlin u. Umg.

Herr Genste, der in der „Maurermeister“ allein seine Befriedigung nicht zu finden scheint, verleiht die Anpreisung seiner Fähigkeit auf dem Gebiet des Menschenhändlers wahrnehmlich an alle Unternehmervereinigungen des Baugewerbes, vielleicht reißt er auch gar mit Warenproben im Lande umher. Das Handelskontor der neuen Firma ist Emdenerstr. 39, Berlin NW.

Gau Berlin.

Im Bohnenfeld Jüterbog-Altes Lager befehlen die Unternehmer Niendorf aus Waltershausen und die Firma W. v. Rager aus Treuenbrietzen, den Vertragsgloß herabzugeben. Die Kollegen haben die Lohnverabreichung zurückgewiesen und unter Niederlegung der Arbeit über die Bauten dieser Firmen auf dem Alten Lager die Sperrung verhängt. Der

Unternehmer Wäsch in Jüterbog droht ebenfalls mit Lohnreduzierung. Die Kollegen werden auch hier den Angriff mit Evertre zurückweisen, sobald Wäsch seine Drohung ausführen sollte.

Gau Mannheim.

Zu dem Berichte in Nr. 48 des „Grundstein“ ist noch einiges nachzutragen. Wie bekannt, hat es Herrn Maurermeister Fesender in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission sehr gut verstanden, die Heberarbeit und die Verstärkung der Mittagspause auf die Schultern anderer Unternehmer abzuwälzen. Es schien, als wenn sich Herr Fesender in der Rolle des Mürtzners gefalle. Zudem äußerte er, der Verband verfolge ihn nur, weil er gut katholische Maurer beschäftige. Auf ein ge. die Hoch- und Tiefbau-A. G. gerichtetes Schreiben lief folgender Bescheid am 6. d. M. ein:

A.-G. Hoch- und Tiefbau. (vorm. Gebr. Helfmann).

Mannheim, den 3. November 1907.

Am unsere Genérale in Frankfurt a. M. Betr. Zentral-
verband der Maurer. — Auf Ihr geehrtes Schreiben vom
1. d. M. teilen wir Ihnen folgendes mit: Bei Beginn
der Arbeit an der Christuskirche haben wir unseren Zim-
merleuten die Arbeit nach dem Tarif für das Zimmer-
gewerbe vorgeschrieben. Hierauf haben und die Leute ge-
eignet, nach der Zeiteinteilung der übrigen am Bau be-
schäftigten, weitaus größtenteils Anzahl der Arbeiter des Unter-
nehmers Befehdenge arbeiten zu dürfen. Von sämtlichen
Arbeitern am Kirchenneubau wurde nur eine halbstündige
Mittagspause gemacht. Dies haben wir dann auch unseren
Zimmerleuten ausnahmsweise erlaubt. Außerdem heißt es
im Tarif für das Zimmergewerbe in dem Nachsatz unter
§ 4. Wegen dringende Fälle vor, so ist der Gelelle ver-
pflichtet, auch länger zu arbeiten usw. Das sonderbarste
in diesem Falle ist, daß sich der Maurerverband mit einem
Verlangen an Sie gewandt hat, zu dem er gar kein Recht
hat, denn wir beschäftigen bisher nur Zimmerleute und
einige Tagelöhner, also überhaupt keine Mitglieder des
Maurerverbandes. Trotzdem haben wir die einstündige
Mittagspause wieder eingeführt und werden uns über die
künftige Arbeitszeit nach dem Zimmerertarif und den
hier bestehenden Gebräuchen richten.

Schachtungsbohl

Bureau Mannheim.

Auch der Zimmerpolier dieser Firma befreitet auf das entschiedenste, mit Herrn Feisenbeider über Erlaubnis des Verbandes wegen der halbstündigen Mittagspause gesprochen zu haben. Auch der Fall bei der Firma Baum & Schäfer sieht anders aus. An einer Reparatur mußte bei Eingiehung eines Trägers einmal eine halbe Stunde Abends länger gearbeitet werden. Mehrlich liegen die Dinge bei Werle & Hartmann; dreimal im Sommer wurde bei Betonarbeiten Abends 10 Minuten länger gearbeitet, was nicht zu umgehen war. Das konnte doch für Herrn Feisenbeider kein Grund sein, im allgemeinen die Arbeitszeit bis 7 Uhr Abends auszu dehnen und später die Mittagspause zu beschneiden, ohne auf die tariflichen Bestimmungen zu achten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Fliesenlegerkonferenz.

Anträge zu der am 30. und 31. Dezember in Hamburg stattfindenden Konferenz müssen bis zum 8. Dezember an den Verbandsvorstand eingeleitet werden. Die Anträge werden dann im „Grundstein“ veröffentlicht.

Verbandskalender sind noch etwa 1500 Stück auf Lager. Zweigvereine, die noch nicht bestellt haben, wollen nunmehr das Versäumte nachholen.

Mitgliedskarten. Die mit dem nächsten Jahre zur Einführung gelangenden Mitgliedskarten können, wenn die in den Zweigvereinen vorhandenen Mitgliedsbücher vergriffen sind, bereits vom 1. Dezember d. J. an bei Neuaufnahmen verwendet werden.

Die Karten werden Zweigvereinen unter 500 Mitgliedern nur auf Bestellung, den Vereinen mit 500 und mehr Mitgliedern dagegen erstmalig ohne Bestellung zugesandt.

Esterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 11. bis 18. November für folgende Mitglieber erteilt:

Aug. Piebemann-Biesbaden, Verb.-Nr. 48566; Karl Schäfers-Süßfeld (Grau), 270817; Joh. Spittelmeyer-Bremen (Grau), 13568; Anton Boffel-Evandau, 101720; Detlef Schwarz-Neufuß I. G., 90792; Max Weber-Klein-Schönebeck (Grau), 80447; Karl Bräutigam-Naumburg, 170656; Selmer Orlons-Mannheim (Grau), 194029; Ernst Pilger-Dresden, 162375; Wilh. Schreiber-Karlruhe, 208411; Joh. Wolffgram-Karlruhe, 162962; Aug. Simichs-Hamburg, 27014; Fr. A. Berger-Dresden, 154291; Karl Glühner-Baden, 91019; Karl Wartenberg-Berlin (W.), (Grau), 856; Hermann Stahl-Berlin (W.), (Grau), 411; Ed. Misbach-Danzig, 311838; Joh. Pawlowitsch-Wreslau (Grau), 17281; Mich. Korn-Merane, 86591; Ernst Knappell-Berlin (Grau), 45160; Karl Seeling-Wieslau, 110122; Ebr. Hoffmann-Gelle (Grau), 68812; Selmer Brecht-Giel, 148764; Wilh. Moths-

Gaffel (Frau), 526; Herm. Wanze-Gaffel (Frau), 58585.
 Wilh. Ritter-Darmstadt (Frau), 275461; Herm. Neumann-
 Rittau (Frau), 170233; Aug. Rode-Berth (Frau), 109518.
 Georg Wilding-Mannheim (Frau), 88042; Peter Schönsweiter-
 München, 228718; Fern. Brömmert-Blegny, 262986; Ferd.
 Wilfer-Samburg, 80154.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **3. Köhler, Hamburg 1, Rosenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 11. November bis 16. November 1907 sind folgende Beträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

87.24, Muhlha 1587, Hermsdorf i. b. M. 30, Straßburg i. b. Uckeri.
 87.24, Granitz 66, Mülte 11,47, Gehaus 34,28, Bromberg 1400,
 Hagen 1000, Delitzsch 500, Müllers-St. Jacob 500, Zittau 450,
 Straßburg 150, Aue 250, Erfurt 200, Gotha 200, Edmülben 200,
 Waldheim 150, Jäger 65, Niblung 49,80, Eßig 15,25, Nörd-
 600, Ertel 500, Werder a. b. S. 400, Norbentham 400,64,
 Gehnig 400, Gundersdorf 370,25, Helgen 250, Nollitz 300,
 Grünberg i. Schl. 200, Nohwin 200, Chiffert 200, Gierwerder
 1-0, Artern 100, Breiten 78, Niermehl 47,40, Naund 31,80,
 Dorsdorf 30, Mannheim 7007,60, Siefeld 800, Walden-
 burg i. Schl. 800, Chemnitz 800, Dessau 500, Heilbronn 400,
 Gohsenheim-Erfsthal 375, Wunsau 350, Regesdal 300, Uetertien
 250, Annaberg 200, Reichenbach 200, Frey 100, Hamburg 1000,
 Sonderburg 800, Ludenabbe 500, Witterfeld 490, Gronau 400,
 Eisenberg 350, Meerane 300, Alstedt 232, Fadenburg 150,
 Wath i. Pom. 80, Schwarzenberg 60, Mofla a. Sarg 15,64,
 Hameln 600, Verna 400, Iphoe 200, Goldberg i. M. 50,
 Fichtelstein 27,36, Berden a. d. Aller 19,35, Bwidau 1600,
 Potsdam 1300, St. Johann 1200, Herne 800, Eisenberg 50,
 Penig 150, Vorrach 100, Zwickau 30, Mainburg 50,28,
 Wittenburg 14,90.

b) Für Kalender.

Birna M. 50, Waldheim 10, Wiefenburg 10, Reinfels 8,50,
 Giffrow 7,50, Stendal 45, Verder a. d. Havel 5, Neigsa 15,
 Grünberg i. Sal. 12,50, Eiskerwerba 15, Osnabrück 40,
 Gräfenthal 22,50, Vornburg 15, Dessau 10, Gobensteine-
 Eruthal 25, Wanglau 20, Bielefeld 60, Magdeburg 25,
 Dirschel 20, Witterfeld 10, Gronau 25, Altfeld 15, Nürnberg 125,
 Zwönitz 9, Sepefen 10, Potsdam 15.

c) - Für Butterale

Wainburg M. 2, Muhl 2, Zwönitz 2

d) Bericht der Bauarbeiterischulungskommission.

Rubla 70 1/2.

Meinfeldt, O. O. 1

Die Freiheit und Kultur

Рубля М. 3.

2000

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu-
gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger
Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben, und denen nicht
brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Mit verloren gemeldet sind uns die Mitgesessenen der Kollegen: Ernst Golland (Verb.-Nr. 1724), Aug. Sinfels-Riel (34 651), Wilh. Wigel-Wandebach (44 949), Wilh. Stridde (Merzbach (43 606), S. Adolphs (Verban (56 498), A. Schiepper-Verban (55 700), Joh. Schmidt-Coblenz (55 561), Karl Wöbling-Coblenz (56 899), Ric. Walbord-Coblenz (219 128), E. Buchard-Gera (71 884), Joh. Josephst-Wül (118 018), Joh. Verden-Göln (351 742), Gg. Eilers-Gräufurth a.M. (188 854), Wilh. Dudder-Göln (237 384), Joh. Kinschofer-Vad Tölz (263 336), Max Moritz-Weiskau (16 412), Jacob Köppler-Verban (433 283), Paul Gerth-Hamburg (405 277), Ludw. Richter-Friedelsf. (77 674), Wilh. Mohr-Oberhausen (118 652), Joh. Bielef. (Gelfenkirch (186 484), Wd. Miezorath-Schwitz (233 406), Wilh. Steppan-Gera (239 696), Karl Greda (Verdorb. (246 382), Ernst Johann-Meiersfeldchen (260 141), Fr. Rittmanns-Gelfenkirch (351 366), Max Weber-Wügel (436 107), Ad. Weiland-Summersbach (448 483).

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß
Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann
für die laufende Nummer berücksichtigt werden
können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren
Händen sind.

Annaburg. An die Kollegen! Der letzte Zahltag für dieses Jahr findet am 1. Dezember statt. Bis dahin müssen auch die Extrabeiträge bezahlt sein. Generalversammlung siehe auf der letzten Seite dieser Nummer.

3. Varmen-Elberfeld. (Ausblick auf das Vau-
jahr 1907.) Zu Beginn der Bauperiode (im März und
April) war eine ziemlich zufriedenstellende Nachfrage nach Ar-
beitskräften in den beiden Hauptorten, was wohl seinen Grund
hauptsächlich darin hatte, daß es im vorigen Jahre ziemlich früh zu-
wuntern, so daß eine Anzahl angefangener Bauten nicht in dem Maße
gefordert worden war, wie es sonst gebräuchlich war. Diese gute
Konjunktur flaute gegen die Mitte des Sommers ganz besonders
in Elberfeld in recht auffallender Weise ab, und auch zur Zeit,
da wir dies schreiben, ist noch keine Besserung wieder ein-
getreten, noch ist eine solche zu erwarten. Außer dem neuen
Amtsgerichtsgebäude waren in Elberfeld sehr wenig Neubauten
vorhanden. Außer einigen Kanalbauten beschränkte sich die
Tätigkeit auf Reparaturen und Kanalanalysen. In
Varmen waren im Frühjahr die Verhältnisse ebenso wie in
Elberfeld; sie gestalteten sich jedoch im Laufe des Sommers
wesentlich günstiger, indem hier einige neue Fabrikanlagen, zum
Teil von größeren Dimensionen, errichtet wurden, so daß auch

heute noch die Arbeitsgelegenheit in diesem Orte als aufreihend bezeichnet werden darf. In D o s m i n f e l war seit Mitte des Sommers eine größere Anzahl Arbeiter an dem Neubau des Hauptbahnhofes beschäftigt, während die Privatbaugewerkschaft auch hier fast vollständig ist. Die hier angeführten Vaguarbeiter waren jedoch meist nur Vorarbeiten, wie Stellwerke, Güterkuppen, Lieber- und Unterführungen usw., während die hauptfachlichen Arbeiten, wie das neue Empfangsgebäude, erst der wenigen Wochen in Angriff genommen wurden; die Fertigstellung ist erst im nächsten Jahre zu erwarten. Die neuen fädischen Krankenanstalten in Barmen, die erst kürzlich in Angriff genommen wurden, dürften im nächsten Jahre für eine größere Anzahl Kollegen Arbeitsgelegenheit bieten. In D o s b o r f war ebenfalls reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden, jedoch fröhlichen die Unternehmer, dass im vorigen Jahre für das Müppertal erkämpften Arbeitsvertrag anzuerkennen, weshalb es am 8. Juli zur Arbeitssektung kam, deren Resultat nach halbjähriger Dauer die Anerkennung des Tarifes par, so, daß die Zahl der Orte, worin der Tarif eingeführt ist, jetzt sechs beträgt. Es sind dies: Barmen, Elberfeld, Müppertal, Langensiefel, Schmelm und Mönsdorf. Auch in G r o n e n b e r g war die Konjunktur gut. Weber waren aber die Organisationsverhältnisse nicht dazu angetan, um hier den Tarif zur Durchführung zu bringen. Wären hier die Kollegen eilig gewesen, so würde daselbe Resultat wie in Mönsdorf zu erzielen gewesen sein. In S c h w e l m war ebenfalls ein starker Geschäftszug zu verzeichnen. Hier kam es im Laufe des Sommers bei dem Unternehmer Müller, der den Tarif nicht anerkennen wollte, zur Sperre, die bis heute noch besteht. Hier zeigte es sich aber auch wieder, daß nicht fremde Streikbrecher nötig sind, um eine Arbeitssektung illusorisch zu machen, sondern daß es auch am Orte noch Leute gibt, die sich dadurch überlassen lassen, wenn ihnen der Unternehmer während des Kampfes ein paar Pfennige Lohn mehr gibt, als der Tarif vorschreibt. Im Laufe des zweiten Quartals wurde der bisherige Zweigverein S e l b e r t bei hiesigen Zweigvereinen einberufen, wodurch der letztere um drei Zehntel vermehrt wurde, nämlich Selbst, Nodges und Wilfrath. In diesen Orten wurden ebenfalls im Laufe des Sommers Lohnforderungen eingereicht, aber die Unternehmer antworteten nicht, darauf, und als es darauf ankam, sie zu einer Antwort zu zwingen, waren die Kollegen hierfür nicht zu haben, was in Anbetracht der miserablen Organisationsverhältnisse, hauptsächlich in Selbst, und bei dem dort blühenden Terrorismus der Unternehmer gegen die organisierten Kollegen sehr erklärlich ist. In W i l f r a t h und F l a n d e r s b a c h war ebenfalls eine sehr gute Konjunktur, aber die dort beschäftigten Arbeiter sind fast ausnahmsweise Italiener, die dort in den von den Unternehmern errichteten Kaminen untergebracht sind, so daß ihnen sehr schwer beizukommen ist. Außerdem sind diese Leute der Organisation sehr schwer zugänglich, weil sie noch vielfach für eine unbegrenzte Arbeitszeit schwärmen. Sehr häufig hört man von den Vorkessern und auch von den Unternehmern, daß sie gegen eine Verärgerung der Arbeitszeit nichts einzuwenden hätten, ja, daß sie schon den Versuch gemacht hätten, nur 10 Stunden arbeiten zu lassen, was aber zur Folge gehabt hätte, daß der größte Teil dieser Leute die Arbeit einstellte. Organisierte deutsche Kollegen, die dort hingehen, halten sich nun ganz kurze Zeit, weil sie anderwärts bessere Arbeitsbedingungen finden. Unter diesen Umständen dürften dort nicht so schnell andere Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz greifen. Wenigstens bedarf es noch einer tiefen Agitations- und Aufklärungsarbeit, ehe hier eine Veränderung eintritt. In G r a i n wurde im Laufe des Sommers eine Zehntel errichtet, die gegenwärtig 17 Mitglieder zählt. Das gleiche geschah in Dahleau. Die Arbeiter der Zement- und S p a t h b r a n c h e in Barmen und Elberfeld sind als Sektionen in den beiden Orten dem Zweigverein angegliedert und haben durch eine Sperre im Laufe dieses Jahres ebenfalls einen Tarif errungen, wodurch für diese Branche die neuneinhalbstündige Arbeitszeit im Sommer sowie ein Einheitslohn für die einzelnen Arbeiterkategorien festgelegt ist. Leider steht auch hier noch ein großer Teil der betreffenden Arbeiter der Organisation fern, wodurch die Durchführung des Tarifes äußerst schwierig wird. Und gerade diese Branche ist im Aufstiege begriffen. Bei allen größeren Bauten finden Beton und Asphalt immer mehr Verwendung; so wird der gelehrte durch den ungelernten Arbeiter verdrängt, und die Arbeit immer mehr spezialisiert. Deshalb wird es auch für die Zukunft die Aufgabe der Organisation sein; der Agitation unter diesen Arbeitern ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen. Die Durchführung des im vorigen Jahre abgeschlossenen Tarifes hat im allgemeinen, den einigen Ausnahmen abgesehen, gerade nicht die Schwierigkeiten verursacht, was darauf zurückzuführen ist, daß unsere Organisation im letzten Jahre gerade in den Hauptorten ganz wesentlich erstarbt ist; denn nur dadurch war es möglich, dem Unternehmern Achtung und Respekt einzubringen. Mögen die Kollegen hieraus die richtige Lehre ziehen und auch ferner für die weitere Stärkung und Ausbreitung der Organisation sorgen. So viel steht heute schon fest: ist die Organisation im nächsten Frühjahr nicht festgelegt, so wird das Unternehmertum alles aufweisen, um einen Vertrag aufzutrotzieren, der nicht bloß keine Verbesserungen, sondern wesentliche Verschlechterungen aufweisen wird. Die Angehörigen der Unternehmernpresse mehren sich von Tag zu Tag, daß man nur allgauerne wieder die 10stündige Arbeitszeit einführen möchte. Dagegen müssen wir uns mit aller Macht wehren. Da müssen wir den Unternehmern klipp und klar erklären: „Das gibt es nun und nimmer!“ Auf eins wollen wir jedoch an dieser Stelle noch hinweisen, um den Kollegen in ganz Deutschland zu zeigen, wie Arbeiterorganisationen von manden Kommunalverwaltungen behandelt werden. In Barmen sowohl wie in Elberfeld beschäftigt das Tiefbauamt eine Anzahl Maurer und Hilfsarbeiter. Man sollte nun annehmen, daß hier auch die in dem allgemeinen Tarif vorgedruckte Arbeitszeit eingehalten und auch der tarifmäßige Lohn gezahlt würde, zumal bei Abfluß des Tarifes beide Kommunen durch ihren Besonderen vertreten waren. Dem ist jedoch nicht so, sondern in beiden Städten müssen diese Arbeiter noch die vorhin erwähnte zehneinhalbstündige Arbeitszeit einhalten. Ein von unserer Organisation an die beiden Vätermeister gerichteter Gesuch um Einführung des allgemeinen Tarifes in den fädischen Baubetrieben hatte keinen Erfolg, weshalb wir uns mit einer Eingabe an die beiden Stadtparlamente wandten mit dem Antrage, die Sache in öffentlicher Stadtratsitzung zur Beratung und eventuellen Beschlußfassung zu stellen. Dieser Antrag wurde am 13. August eingeleitet. Von Barmen erhielten wir dann die Antwort, die Sache sei in Vorbereitung, wir sollten nach ihrer Erledigung näher Bericht erhalten. Bis heute ist aber ein weiterer

Reichs noch nicht eingetrossen. Willst du erhalten wir ihn im Jahre 2007. Von dieser Seite erhalten wir dann, nachdem wir in der Presse das Verhalten der Stadtverwaltung gegenüber geltend gemacht hatten, unter dem 26. September d. J. folgende Antwort, die wir der Originalität wegen hier wörtlich wiedergeben:

Der in dem gest. Schreiben vom 18. v. M. enthaltene Antrag auf Eintritt der Stadt Hildesheim in den Kollektiv-Arbeitsvertrag vom 13. August 1906 wegen der beim städtischen Kanalbau beschäftigten Arbeiter und deren Hilfsarbeiter ist von der zuständigen städtischen Baukommission umgekehrt geprüft worden. Nach dem Ergebnis der Beratung kann ich nicht anerkennen, daß die Arbeiter unter die in dem Arbeitsvertrage aufgeführten Arbeiter fallen. Der Arbeitsvertrag betrifft ausdrücklich nur von Hochbauarbeitern, Kanalbauarbeitern, Bauhilfsarbeitern und Zimmerern, wozu die Arbeiter nicht gehören. Die Mehrzahl der seitens der Verwaltung beschäftigten Arbeiter sind auch früher nicht Arbeiter gewesen und haben auch als solche keine mehrjährige Löhntätigkeit durchgemacht, sondern sind erst durch die Verwaltung selbst ausgebildet, ungelernete Arbeiter, die sich wegen ihrer Unfähigkeit als Arbeiter eignen zu entwickeln haben. Übrigens sind diese Arbeiter nicht wie die auf den Bauarbeiten beschäftigten Arbeiter Saisonarbeiter, sondern sie werden bei der Verwaltung Sommer und Winter fortlaufend für die ganze Dauer der Bauausführungen beschäftigt. Infolgedessen ist der Jahresarbeitsvertrag dieser Arbeiter trotz eines um 6 1/2 für die Stunde geringeren Lohnes als im der Tarif für die Arbeiter vorliegt, im allgemeinen höher als der für diese geklerten Arbeiter. Somit ist in einzelnen Fällen auch Bauarbeitern drittelt, erhalten sie übrigens auch den Lohn des Tarifvertrages.

J. A. Der Abgeordnete, gez. Forst.

Es hat nicht eine Woche, die den Unternehmern als Vorbild dienen kann! Sie unterwerfen sich genau jenen handwerklich gelehrten und von der Verwaltung selbst ausgebildeten ungelerten Arbeitern. Diese Erleichterung der Verhältnisse konnte allerdings nur von der Hildesheimer Stadtverwaltung kommen. Obwohl diese Tatsachen der gesamten Hildesheimer Arbeiterklasse bekannt waren und obwohl das Gerücht, wonach den beiden Betriebsunternehmern Freie und Ungebundene je 1.000 aus dem Stadtbudget für angeblich erlittenen Schäden durch den Streik im Jahre 1906 bewilligt worden sind, bis heute noch nicht widerlegt worden ist, hat bei der Stadtratswahl in der dritten Abteilung wiederum die Kartellmajorität gegolten.

Bei der Stadtratswahl, wie ich's vermute, erhielten die Helden die Majorität.

Selbstredend gehörten zu der Majorität auch viele Bauarbeiter, und es versteht sich am Rande, daß auch unsere Brüder in Göttingen ihr redlich Teil hierzu beigetragen haben.

Gummersbach. Am 12. November tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war. Unser Kassierer, Kollege Nohl, erstattete zunächst den Kassensbericht, der von den Revisoren revidiert und zur richtig befunden worden war. Die Abrechnung vom dritten Quartals ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von 1.401,85. Die Einnahme der Nebenkasse betrug 173,71, die Ausgabe 167,25, mithin verblieb ein Nebenkassenbestand von 6,46. Daraufhin wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Dann verbreitete sich unser Vorsitzender, Kollege Daege, in längeren Ausführungen über die uns bevorstehende Lohnbewegung. Da unser Tarif bekanntlich am 1. April 1908 abläuft, müssen wir bald mit den Unternehmern wegen seiner Erneuerung in Unterhandlung eintreten. Neben uns noch darauf hin, daß wir unermüdlich agitatorisch tätig sein müssen, jeder Kollege mußte mithelfen, um auch den letzten Mann in unsere Organisation hineinzubringen, damit wir im kommenden Frühjahr dem Unternehmern gerüstet gegenüberstehen können. Am Schlusse des ersten Quartals hatten wir eine Mitgliederzahl von 77, und am Schlusse des dritten Quartals eine solche von 129, also 52 mehr. Es stehen aber noch viele indifferente Kollegen unserer Organisation fern. Diese müssen für unsere Sache gewonnen werden, damit sie uns bei einem etwaigen Lohnkampf nicht in den Rücken fallen; deshalb müssen wir alle Orbel in Bewegung setzen. Schon im Laufe dieses Sommers hatte unser Oberstadtmagister Bremer gesagt, daß er im nächsten Jahre ein bißchen anders mit uns verfahren werde als beim letzten Streik. (Vor einigen Wochen fand er mal ein Exemplar des „Grundstein“, worüber er höchst erstaunt zu einem Kollegen meinte, er hätte gedacht, der „Grundstein“ existiere hier nicht mehr. Nun, wir wollen dem Mann den Glauben lassen. Nach einer lebhaften Debatte über unsere nächste Forderung, an der sich die Kollegen Nohl, Sträger, Weiss, Noll, Blasius usw. beteiligten, wurde der Vorstand beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten, der den Revisoren im Laufe dieses Winters unterbreitet werden soll. Als Hilfskassierer für den engeren Stadtbereich wurde Kollege Wösch gewählt. Dann wurde beschlossen, unser drittes Stiftungsfest am 8. Dezember abzuhalten, zu welchem Zweck noch eine Kommission gewählt wurde. Dann wurde die Versammlung mit einer ernstlichen Mahnung, fleißig zu agitieren, von dem Vorsitzenden geschlossen.

Dannover. Am 8. November fand in unserem Vereinslokal bei Wötter die Generalversammlung der Sektion statt. Kollege Weigner gab einen Rückblick über die Entwicklung der Sektion und betonte, daß die Kollegen fernerhin mehr als bisher für die Sektion freizeiten und arbeiten müssen. Es wurde beschlossen, einen monatlichen Beitrag von 30 Pf. für die Sektion zu erheben, und zwar nicht für neun, sondern für zwölf Monate. Kollege Ernst Feuerhahn stellte den Antrag, zur Beilegung verschiedener Unstimmigkeiten einen Extrabeitrag von 1 Pf. zu erheben. Auch dem wurde zugestimmt und der Beitrag von allen anwesenden Kollegen sofort gezahlt. Es wurde dann festgesetzt, jeden ersten Sonntag im Monat die regelmäßige Mitglieder-Versammlung abzuhalten. Nachdem noch über verschiedene innere Angelegenheiten diskutiert worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. Von einem Leipziger Kollegen werden wir am Aufnahmefolgender Zeilen erzählt:

In Nr. 46 des „Grundstein“ befindet sich ein Inserat der hiesigen „Freunden der Arbeiter“, wonach sich deren Herberge in der Seeburgstraße befindet soll. Dazu ist zu bemerken, daß sich die Herberge aller gewerkschaftlich organisierten

Arbeiter in Leipzig im „Vollshaus“, Seeburgstraße 32, befindet. Da die organisierte Arbeiterklasse Leipzigs seit jetzt zwei Jahren für ihre auf der Wanderschaft befindlichen Kollegen im Vollshaus eine alten modernen Ansprache entsprechende Herberge eingerichtet hat, dürfte doch wohl auch den lehrjahrsbesessenen Kollegen bereits bekannt geworden sein. Aus welchen Gründen gerade bei für sich eine eigene Herberge beanspruchen, in mir nicht recht erklärlich. Nach meinem Dafürhalten haben auch die lehrjahrsbesessenen Kollegen die Verpflichtung, die Einrichtungen, die von den Gewerkschaften zum Wohle ihrer reisenden Mitglieder eingerichtet wurden, zu benutzen. Aus welchem Grunde, daher diese „Eigenbrödel“? Das Inserat im „Grundstein“ beweist mir, daß auch die „Freunden der Arbeiter“ Mitglieder des Zentralverbandes der deutschen Arbeiter sind; sie sollten schon aus diesem Grunde die Leipziger zu besuchen haben. Wer die Verhältnisse in den von Privatunternehmern betriebenen Herbergen in Leipzig kennt, muß um so mehr über das Vorgehen der „Freunden der Arbeiter“ erstaunt sein. Wenn irgendwas Eigenbrödel zu verurteilen ist, so hier. Und hier besonders, da den reisenden Kollegen in der Herberge des Vollshaus viel mehr geboten wird, als ihnen in Privatunternehmern, schon aus Rücksicht auf seinen Profit, jemals bieten wird. Wer die äußerst freundlichen und geräumigen, gut gelüfteten und geheizten Schlafräume der Herberge des Vollshaus nur einmal benutzt hat, wird sich sicher nicht nach den gemieteten Schlafräumen der verschiedenen Privatherbergen zurückziehen. Außerdem steht in der Herberge des Vollshaus ein allen Ansprüchen der reisenden Kollegen entsprechender Aufenthaltsraum während des ganzen Tages zur Verfügung. Der Preis für ein Bett incl. Bad und Frühstück mit Kaffee beträgt 45 Pf. Es liegt demnach nicht die geringste Veranlassung vor, die Herberge im Leipziger Vollshaus nicht zu benutzen.

Elisa I. B. Hier tagte (Wann? D. M.) eine ordentliche Mitglieder-Versammlung, an der aber leider von nicht als 140 Mitgliedern nur 91 teilnahmen. Wir wollen den Kollegen von Elisa und Umgebung aus dem Herzen, sich doch mehr an den Versammlungen zu beteiligen. Die Schuld daran tragen die Elissa Kollegen selbst, weil sie immer zu spät kommen, die auswärtigen Kollegen sind nicht so lange warten. Aber auch die auswärtigen Kollegen sind häufig im Versammlungsbesuch geworden. Jetzt ist doch jetzt genug freierabend, um wenigstens eine Stunde der Organisation widmen zu können. In der Versammlung erstattete der Vorstand den Bericht von der Konferenz in Dresden. Dann referierte Kollege Jahn über „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“. Er sprach sehr lebhaft, daß jeder Kollege gefälligst war und aufmerksam zuhörte. Dann schritt die Versammlung zur Vorstandswahl. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Reugebauer, als erster Kassierer Kollege Kurlitz, zu Revisoren die Kollegen Nohl und Andersen. Dann wurden noch einige verschiedene Punkte erledigt und damit schloß die Versammlung.

Lunden. Der hiesige Zweigverein hielt am 5. November seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Revisoren konstatierten, Abrechnung und Kasse geprüft und alles in bester Ordnung befunden zu haben. Der Kassierer wurde entlastet. Hierauf hielt der Vorstand eine Rede, wobei er einen Vortrag über die wirtschaftliche Krise im Baugewerbe und ihre Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Der Zentralverband der Arbeiter Deutschlands ist gewiß, seine ganze Kraft einzusetzen, um den Ansturm der Unternehmerorganisation abzuwehren, und der weiteren Vertiefung der Arbeitslosigkeit die schon längst gebahnte Klasse offen zu halten und zu erweitern. Dem Redner wurde reichlicher Beifall gezollt. Ferner wurde dem Kollegen Harpege, der notwendig ist, sich dem Wahlverein anzuschließen. Dann schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Arbeiter Deutschlands die Versammlung.

Magdeburg. Die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins tagte Sonntag, den 10. November, im „Zuflucht“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende, Kollege Brüggemann, das Resultat der am 8. November abgehaltenen Gewerkschaftswahlen bekannt. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 10.044 Stimmen = 40 Mitglieder, der Christlich-Sozialen 889 Stimmen = 4 Mitglieder, der freien Gewerkschaften 1.097 Stimmen = 5 Mitglieder, der Christlichen Gewerkschaften 315 Stimmen = 1 Mitglied. Bei der vorigen Wahl erhielten wir 44 Mitglieder, die Christlich-Sozialen 0 Mitglieder. Auf der Unternehmensebene erhielten wir 8, das vorige Mal nur 1 Stimmen. Nunmehr hielt Kollege Silbermann seinen Vortrag und führte ungefähr folgendes aus: Es ist an der Zeit, sich mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben etwas mehr zu beschäftigen; denn gewaltige Umwälzungen auf allen Gebieten haben stattgefunden. Noch in den 1870er Jahren des vorigen Jahrhunderts war Deutschland fast ein reiner Agrarstaat. Erst nach der kaiserlichen Revolution im Jahre 1878 entwickelte sich das deutsche Kapital und trat mit anderen industriellen Ländern in Wettbewerb. Von da an begann der Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung. Aber auch die Savannungen im Wirtschaftlichen treten von da an in die Erscheinung. Nach der sogenannten Gründerperiode der 80er Jahre hatten wir im Anfang der 70er Jahre eine wirtschaftliche Krise, die bis in die 80er Jahre währte. Von da an ging es wieder aufwärts bis in die 90er Jahre. Aber auch in Zeiten guter Konjunktur kommt es vor, daß auf dem Baumarkt eine Geldnot eintritt, weil in diesen guten Geschäftsjahren sich das Kapital mehr der Industrie zuwenden, um dort größere Gewinne zu erzielen. Eine solche Zeit der Geldknappheit auf dem Baumarkt hatten wir in den Jahren 1900 und 1901. Erst dann kam es, als ob die Geldknappheit im Baugewerbe nur vorübergehend wäre, doch die Lage des Geldmarktes hat uns in den letzten Tagen eines anderen belehrt. Der Baumarkt ist es gewohnt, mit 5 pZt. für Baugelder zu arbeiten, heute aber ist der Satz in vielen Städten schon bis auf 9 pZt. gestiegen. Bei solchen Zinssätzen kann natürlich das Baugewerbe nicht prosperieren und es droht trotz großer Wohnnot in vielen Gegenden des Reiches hier und da, daß die heutige Gesellschaft nicht die Macht hat, die Wohnungsfrage nach dem Be-

dürfnis zu regeln. Tausende von Arbeitern in elenden Hütten hausen und darin zu Grunde gehen, die Miete und Verpachtung stehen dem künftigen Kapital wenn nicht machlos, so doch willenlos gegenüber. Es ist klar, daß bei einer solchen Krise die Klassenkämpfe immer intensiver werden. Bei allen Kämpfen der Arbeiter handelt es sich darum, sich bessere Vorteile fest zu halten oder neue, die für sie und ihre weitere Existenz notwendig sind, zu erringen. Wären die städtischen und moralischen Bedürfnisse der Arbeiterklasse noch so gering, sobald sie dem durch Fortbewegungen an den Staat oder den Unternehmern nachdrücken wollten, entzündet der Kampf mit denselben Mächten, die über Kapital und Verpachtung verfügen. Die Unternehmern, die heute sehr gut organisiert sind, haben uns so auch wieder in ihrer letzten Generalversammlung in Berlin, an der auch der Minister für Sozialpolitik teilnahm, gezeigt, daß sie gar nicht willens sind, den Arbeitern irgend welche Konzessionen zu machen, sondern daß sie ihnen auch weiterhin den Krieg anlagen und „Gerren im Dunkel“ bleiben wollen. Dem stehen die Arbeiter immer noch in verschiedenen Organisationsrichtungen gegenüber. Wohl sind die Kräfte der freien Gewerkschaften gewaltig gewachsen; aber immer noch gibt es Tausende von Arbeitern, die den Repressalien in der Gewerkschaftsbewegung folgen. Mit Solis können wir heute sagen, daß Deutschland gegenüber anderen Ländern an der Spitze der wirtschaftlichen Kämpfe steht; aber während wir vor fünf bis sechs Jahren beobachtet konnten, daß die Angriffsfront der Arbeiter an Zahl die größten waren, ist es heute umgekehrt. Heute gehen die Unternehmern immer mehr dazu über, die Arbeiter zu provozieren und auszusperren. Auch bei uns im Baugewerbe ist das der Fall. Und das zu einer Zeit, wo der Arbeiter an den Folgen der Sozialpolitik zu leiden hat. Auch die Macht des Staates wird immer mehr zu Gunsten der besitzenden Klasse benutzt; das zeigen die vielen Strafen, die über die Arbeiter verhängt werden. Es gab eine Zeit, wo sogenannte Sozialistischer der Meinung waren, die Gewerkschaftsbewegung wäre dazu da, durch Sozialreformen den Arbeiter mit dem heutigen Staatswesen auszuheilen; doch ein Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ in letzter Zeit zeigt uns, daß die herrschende Klasse ganz anderer Meinung ist. Obwohl unter ganzem Streben nach städtischen und moralischen Erfolgen geht, wollen uns viele Leute etwas ganz anderes anhängen. Die Unternehmern wissen schon längst, daß die Arbeiterorganisationen für sie immer gefährlicher werden, je mehr sie an Macht gewinnen. Deshalb scheuen sie schon seit einer Reihe von Jahren die sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen, um den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Und wie der Privatunternehmer, so macht es auch der Staat mit seinen Arbeitern. Man gab den Arbeitern den Charakter der zum Zweck, die vor der Sozialdemokratie zu schützen. Heute gründet man gelbe Gewerkschaften. Alles dieses sind Mittel in den Händen der Unternehmern, die Klassenkämpfe zu verdrängen. Der neue Vereinsgesetzentwurf der Regierung kann die Klassenkämpfe ebenfalls nicht mildern. Wir haben 4 Millionen Lohnarbeiter, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Wird der neue Entwurf Gesetz, dann wird die fremdsprachigen Arbeiter ihren Klassengefühlen entzogen und dem Unternehmern auf alle Fälle ausgeliefert. Schon heute vertreten einige Minister ganz offen die Interessen der Junker. So hat Minister Voss die Arbeiter die Unternehmern angewiesen, nur möglichst fremde Arbeiter bei Neubauten einzustellen, damit der Landwirtkult der Arbeiter nicht entzogen werden, weil sonst die Junker höhere Löhne zahlen müßten. Alles dieses trägt dazu bei, die Klassenkämpfe zu verdrängen; und für uns ist es notwendig, alle unsere Kraft darauf zu verwenden, daß unsere Kollegen den Klassenkampf charakter erkennen. Es gibt viele Arbeiter, denen das Opferbringen eine zu schwere Last erscheint. Mögen doch alle daran denken, wie schwere Opfer unter dem Ausnahmengesetz gebracht werden mußten. Es handelt sich um das Ringen zweier Weltanschauungen. Der Versammlungsbesuch muß viel größer werden. Das Ende und gute soll im Menschen zur Geltung kommen, und jeder soll um Klassenkämpfe, ertragen werden. Wie die ersten Christen hier lieber freuzigen ließen, als ihre Überzeugung zu verweigern, so müssen wir die neue Weltanschauung ordentlich. Auch der Kampf um das preussische Landtagswahlrecht muß aufgenommen werden, und wir haben die Pflicht, ihn zu unterstützen. Es gibt nur zwei Wege: entweder uns binden unter das Joch der Sklaverei, oder mit zu kämpfen für eine besser Gesellschaftsordnung; wählen wir das letztere! — Den Vorstandsbereich erstattete Kollege Dahn. Die inneren Arbeiten sind so groß, daß für die Außenarbeit nicht viel Zeit für den Angehörigen übrig bleibt. Der Vorsitzende teilte verschiedene Fälle mit, wo sich das Eingreifen der Organisation notwendig machte. Auch eine Verhandlung mit den Gruppen-Gruppenwert hat stattgefunden, die dort arbeitenden Kollegen haben dem Verband noch gleichgültig gegenüber. Kollege Dahn schloß mit dem Wunsch, die Kollegen möchten allen Streit vermeiden und sich und treu zur Organisation stehen. Die Abrechnung weist eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von 12.317,70 auf. Die Nebenkasse hatte eine Einnahme von 1.700,65 und eine Ausgabe von 2.003,49. Kassensbestand 9.163,16. Dahn fand in der Zweigvereinsliste 2.044,44, in den Zahlstellen 3.218,73. An Arantenerunterstützung wurden gezahlt 2.217,95, Sterbebeihilfe 3.222,50, Extrabeiträge an die Hauptkasse wurden gezahlt 3.875,30. Die Mitgliederzahl beträgt 1922. In der Diskussion fragte Kollege Lehmann als Revisor an, wie es kommt, daß für den Angehörigen die Versicherungsbeiträge gezahlt werden, seines Wirtens bestände kein Versicherungsbeitrag darüber. Die Gelder sind seit fünf Jahren gezahlt. Auf Vorschlag Silbermanns wurde beschlossen, daß der Vorstand die Sache untersuchen und der nächsten Versammlung Bericht erstatten. Kollege Dahn teilte noch mit, daß er auf sechs Wochen an dem Kurort in Berlin teilnimmt. Die Versammlung war von annähernd 100 Kollegen besucht.

Carlsruhe. Gleich die Kollegen in jeder Versammlung darauf hingewiesen werden, hauptsächlich im Winter auf

die Bauhuden zu achten, fühlen sich die bei Kälz be-
schäftigten Kollegen doch in einem unbeschreiblich schlecht
eingerichteten Raume ganz beschämte. Schämte müßte sich
jeder Kollege, in dieser so schlecht eingerichteten Hude sein
Körper zu verbergen. Damit nicht genug, das Pflaster
ist aus durchlöchernden Brettern in unbeschreiblicher Form
hergestellt, und der Abtritt ist an der Baustelle nicht zu
finden, er ist vielmehr in der Nachbarstadt über auf dem
Hof der dort beschäftigten Kollegen selbst zu suchen. Diese
Mißstände haben die Kollegen selbst verschuldet, damit der
Scharfmacher K. Kälz nicht zu große Ausgaben hat. Er
krankt dann ein Kollege, so gilt er als Drückberger.

Schöneberg-Salze. Sonnabend, 9. November, tagte
unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zuerst be-
richtete ein Kollege über die letzte Kartellung. In der
Zeit vom 7. bis 15. Januar 1908 soll ein Vortrag eines aus
Aussland ausgewiesenen und in Sibirien auf der Insel
Sachalin deportierten gewissen Ingenieurs mit Tischlerei
und Ausstellend der dort von dem Vortragenden, getragenen
Straßengestaltung stattfinden. Vom Regierungs-
präsidenten war auch ein Schreiben eingelaufen des In-
genieurs, daß er in der Frage der Erhöhung des ordentlichen
Tagelohnes das Nötige sofort veranlassen will. Beantwortet
war die Erhöhung von M. 2,15 auf M. 3. Hierauf be-
trug der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, wor-
über sich eine lebhafteste Debatte entspann. Dem Kassierer
war aus seiner Schulde Geld geflossen worden. Es
wurde nunmehr beschlossen, eine diesbezügliche Kasseite an-
zuschaffen. Das geflossene Geld wurde dem Kassierer zur
Hälfte erstet. Nun wurde die Wahl eines Delegierten
zum Bezirkstag nach Vernehmung vorgenommen; die Wahl
fiel auf den Vorstehenden Fr. Schmöhl. In "Verdienst"-
forderte ein Kollege den Salzer Kolporteur auf, einmal
zu erklären, wie es zugehe, daß die Salzer Kollegen so
schlecht die Extrabeträge begünstigen.

Elft. Am 10. November tagte hier eine Versammlung,
zu der circa 100 Kollegen erschienen waren. Kollege Dürer
gab den Kassenbericht vom dritten Quartal. Dann referierte
Kollege Nagas über den heutigen Massenstreik. Seine be-
stimmte ausgenommenen Ausführenden stiegen in die Auf-
forderung aus, raschlos auf allen Gebieten proletarischer Arbeit
zu wirken, sowohl auf politischem wie auf gewerkschaftlichem
Gebiete volle Mitarbeiterstellung zu üben. Der Vorstehende er-
klärte, daß die Kollegen auch die materiellen Opfer, die
die Organisation erfordert, bringen müßten. Er machte
besonders auf die Zahlung der Extrabeträge aufmerksam; die
Mitarbeiter hätten ohne weiteres den Verlust der Mitarbeiter-
schaft zu tragen. Darauf wurde die Versammlung mit einem Hoch
auf den Verband geschlossen.

Verden. Am 8. November tagte unsere regelmäßige
Mitgliederversammlung. Von 90 Mitgliedern waren
leider nur 10 erschienen. Da nun unter alter Tarif im
Mai nächsten Jahres abläuft, wäre es an der Zeit, die
Versammlungen besser zu besuchen. Die Versammlung
beschloß einstimmig die Abkündigung des Tarifs. Der
Bestand der Lokalkasse ist M. 271,40. Die Revisionen waren
in der Versammlung nicht erschienen, was zu beauern
ist. Es sei nochmals erwähnt, daß es ein Trauerspiel ist,
daß von 90 organisierten Kollegen nur ganze 10 an-
wesend sind. Macht man den anderen Tag die Kollegen
auf ihre Saumlässigkeit aufmerksam, erhält man allerlei
leere Ausreden. Wenn das so weitergeht, darf man sich
nicht wundern, wenn die Unternehmer die "Gerren im
Pausen" bleiben.

Waldbrode. Sonntag, den 3. November, tagte in der
Bühlsche Dorfmark eine öffentliche Bauhandwerker-
versammlung, zu der auch die Kollegen von Ballinghofen
erhielten waren. Kollege Buse aus Gannover referierte
über: "Der Zweck des Verbandes". Er forderte die Kol-
legen auf, eifrig für den Verband zu agitieren. Redner
erhielt reichen Beifall. Die Kollegen versprachen, alles
daran zu setzen, daß auch der letzte Maurer Dorfmarks
in den Verband eintrete.

Die Lage des Baugewerbes im Karlsruher Bezirk.

(Ein Beitrag zum "Schutz der nationalen Arbeit"
durch das Unternehmertum.)

Die Maurer des Zweigvereins Karlsruhe mußten sich im
Jahre 1904 in einem sehr unangenehmen Kampfe mit den Unter-
nehmern bessere Löhne und Arbeitsbedingungen erringen.
Damals waren die Maurer der Meinung, daß ihre wirtschaft-
lichen Verhältnisse durch die erhöhte Lohnverhöhung für einige
Jahre gebessert seien. Diese Freude war aber nur von kurzer
Dauer; schon bevor der neue Posten in Kraft trat, zeigte es
sich, daß die Lohnverhöhung in seinen Verhältnissen zu der rasch
eintretenden Lebensmittelerhöhung stand. Infolgedessen haben
sich die Maurer veranlaßt, in den Jahren 1906 und 1907 an
den Baugewerksverband Karlsruhe Eingaben betreffs Gewährung
von Löhnerhöhungen zu richten. Obwohl in der damaligen
Zeit den Arbeitern und Bauern in Karlsruher, Badischen und
Preussischen Löhnerhöhungen gewährt wurden, lehnte es der
Baugewerksverband Karlsruhe ab, auch seinen Arbeitern diese
Zulagen zu gewähren. Neben der Verteuerung der Lebens-
mittel kommt eine seit dem Jahre 1905 immer weiter um sich
greifende Arbeitslosigkeit bei den Maurern in Betracht.

Es leidet freilich in Karlsruhe der im Augenblick begriffenen
Geschäftssituation, aber seit dem Jahre 1904 ist unheimlich
entwikelnde Spekulationen im Gange, die können wir
dahingestellt sein lassen; jedoch steht jedenfalls fest, daß die
Maurer durch das nun immer mehr voranschreitende Spekulationen
in die denkbar schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnisse gekommen
sind und daß sie voraussichtlich einer noch traurigeren Zukunft
entgegengehen werden. Im Jahre 1905 zählten wir in der
Hochsaison rund 1600 in Karlsruhe beschäftigte Maurer, in
diesem Jahre waren es deren nur annähernd 600 und Anfangs
Oktober nur rund 400; das gleiche Zahlenverhältnis finden
wir auch in allen anderen Lohnbezirken des Zweigvereins
Karlsruhe.

Weil man trotz der oben geschilderten schlechten Arbeits-
situation immer wieder die Beobachtung macht, daß für Aus-
führung der Staatsbauten Hunderte von ausländischen Arbeitern
herangezogen werden, hat sich die Bezirksleitung der organi-
sierten Maurer in Karlsruhe zu einer Petition an den Badischen

Landtag veranlaßt gesehen, wonach erst dann ausländische
Arbeitskräfte herangezogen werden dürfen, wenn keine ein-
heimischen mehr aufzubringen sind. Am Unterlagen zu dieser
Eingabe zu gewinnen, wurde vom 5. bis 13. Oktober d. J. in
den Lohnbezirken Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Breiten,
Eppingen, Rastatt, Gillingen sowie in der Pfalz in den Orten
Worms, Barmen a. Rh. und Kandel (in letzteren Orten deshalb,
weil die dortigen Maurer bisher in der Hauptsache in Karlsruhe
beschäftigt waren) eine Statistik über die Arbeitsverhältnisse
der Maurer aufgenommen. Durch diese Statistik ist nun wieder-
holt der Beweis erbracht worden, daß es eitlem Hohn ist, wenn
einzelne Elemente, die der Arbeiterklasse nicht wohl sind, behaupten,
die Lage der Maurer habe sich durch die Lohnverhöhungen, die
sie durch ihre Organisation erreicht haben, wesentlich gebessert.
Gerade das Gegenteil ist der Fall. Obwohl erkannt werden
muß, daß in den letzten Jahren durch die Vertreibungen der
Organisation der Lohn für die Maurer bedeutend gestiegen ist,
so kann gleichzeitig bezeugt werden, daß diese Lohnverhöhungen
in keinem Verhältnis zur Verteuerung der Lebensmittel durch
den Posten stehen. Es gibt heute keinen einzigen Maurer, in
dem solche schlechte wirtschaftliche Verhältnisse — infolge Arbeits-
losigkeit, Krankheit und schlechter Witterung — zu finden sind,
wie dies gerade bei den Maurern des Zweigvereins Karlsruhe
der Fall ist. Bei der oben erwähnten Statistik wurden von
2288 Maurern die Fragebogen ausgefüllt. Nach den eigenen
Angaben hatten diese Maurer infolge Arbeitsmangels einen
Lohnverlust für 56 378 Arbeitstage, also einen Verlust von
M. 253 701. In früheren Jahren hatte man zur Berech-
nung des Jahresverdienstes eines Maurers 240 Arbeitstage
zu Grunde gelegt; infolge der schlechten Bauwirtschaft ist dies
in diesem Jahre ausgeschlossen. In dieser Hinsicht ist
von uns folgendes festgestellt worden: Von der Gesamt-
zahl der Jahrestage kommen für Tage, an denen die
Maurer nicht arbeiten können, 52 Sonntage, 11 gesetzliche
Feiertage, 20 Wintertage, 40 Wintertage und durchschnittlich
24 Tage Arbeitslosigkeit, insgesamt 147 Tage in Abzug; letztere
von 365 Jahrestagen abgezogen, bleiben 218 Tage, an denen
der Maurer für seine Familie den Lebensunterhalt verdienen
kann. Der Durchschnittslohn eines Maurers im ganzen Zweig-
vereinsgebiet ist auf 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde berechnet, es ergibt sich
somit ein Jahresverdienst für einen Maurer von M. 981. Daß es
bei einem solchen Jahresverdienst bei den heutigen Lebensmit-
telpreisen vollständig ausgeschlossen ist, eine vierköpfige Familie
aufzuhalten, das müßte endlich auch einmal dem
barmherzigen Segner der Arbeiter begreiflich erscheinen. Nach
den Erhebungen vom 6. bis 13. Oktober waren infolge der
schlechten Baukonjunktur bereits 589 Maurer gezwungen, ihr
Vod als Tagelöhner in irgend einem anderen Beruf zu
verdingen. Weitere 899 Maurer müssen fern von der
Heimat ihrem Verdienst nachgehen; wir haben Familienbäuer,
denen es nur alle drei bis vier Wochen vergönnt ist,
nach Hause zu fahren, um einen einzigen Tag inmitten
ihrer Familie weilen zu können. Oft verdienen diese Leute,
die in der Fremde arbeiten, nur bis 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde,
das Jahrgeld müssen sie aus der eigenen Tasche bestreiten; in diesen
Fällen ist es ausgeschlossen, einen Jahresverdienst von
M. 981 zu erzielen. Und bei diesen traurigen Zuständen
schleppen die Großunternehmer zur Errichtung von Staats-
bauten, ausländische Arbeiter ins Land. Die Firma Grün &
Bilfinger von Mannheim, die zwischen Karlsruhe und Gillingen
Brückenbauten und Erdarbeiten für den neuen Bahn-
hofsbau übernommen hat, beschäftigt mit wenigen Aus-
nahmen Ausländer. Für Maurer aus hiesiger Gegend
ist es eine reine Zufallsfrage, wenn sie dort einmal Be-
schäftigung erhalten. In ansehnlicher überhand nehmenden
Arbeitslosigkeit bei den Maurern bzw. Bauarbeitern,
soll dem Badischen Landtag eine Petition zugestellt werden,
wonach bei Vergabe von Staatsbauten die betreffenden Arbeit-
geber verpflichtet werden sollen, so lange keine ausländischen
Arbeitskräfte heranzuziehen, wie noch einheimische Arbeiter vor-
handen sind. Hoffentlich stellt sich der Badische Landtag auf
die Seite der petitionierenden Maurer und sorgt dafür, daß den
einheimischen Steuerzahlern nicht nur immer ihre Pflichten dem
Staat gegenüber vor Augen geführt werden, sondern daß auch
diesen einmal ihre Rechte als Staatsbürger bezüglich der Be-
schäftigung an Staatsbauten eingeräumt werden.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 10. bis 16. November sind folgende
Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Gumburg
M. 500, Minder 500, Götting 200, Weidenau 200, Verden
a. d. Aller 150, Wieg 150, Waldbrode 150, Hofstad 150, Dürer-
burg 100, Götting 100. Summa M. 2200.

Zuspruch erhielten: Friedrichsberg M. 300, Götting 250,
Karlsruhe (Baden) 200, Minderhof 200, Walfahrt 150, Dürer-
burg 150, Worms 100, Naibach 100, Birna 100, Ulter
a. Weg. 100, Döhlau 100, Eiden 80. Summa M. 1830.

Altona, den 16. November 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Subventionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen,
überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den
Bauten sogleich einen schriftlichen Bericht an Euer Fach-
blatt zu senden.

Berlin. Am 16. November führte der Bauarbeiter
Kettels auf einem Neubau am Albrechtplatz drei Stod-
werk tief herunter. Er hat schwere innere und äußere Ver-
letzungen erlitten und wurde in hoffnungslosem Zustande
ins Lazaruskrankenhaus gebracht.

Diedenhofen. Am 15. November führte während
der Erweiterungsarbeiten an der Moselbrücke ein Brücken-
bogen ein. Acht Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen, von
denen sechs mehr oder weniger schwer verletzt gerettet wer-
den konnten, während zwei unter Betonmassen im Fluß
begraben liegen. Bis zum Abend desselben Tages konnten

die Leichen noch nicht geborgen werden. — Nach einer späteren
Meldung stellt sich die Sache etwas weniger tragisch dar. Da-
nach hat nur ein Arbeiter den Tod gefunden; der andere, der
mit unter den Trümmern liegen sollte, war vom Bau fort-
gegangen, er hat sich inzwischen wieder eingeklinkt. Alle Ver-
letzten, bis auf einen schwerer Verletzten, haben das Kranken-
haus bereits verlassen. Eingestürzt ist der mittlere Brückenbogen
des südlichen Brückenteils, welcher bereits fertiggestellt ist. Die
genaue Ursache der Katastrophe ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

Gamburg. Am 14. November wurde der Bau-
arbeiter J. Brandt auf einem Neubau in der Königsstraße
durch ein im Fahrstuhl herunterfallendes Bierkastholz
an den Kopf getroffen. Er erlitt einen schweren Schädel-
bruch.

Mannheim. Am 12. November ereignete sich am
Neubau des Unternehmers Gg. Jude, Speizenstraße, ein
bedauerlicher Unglücksfall. Der 20 Jahre alte Kollege Lehr
aus Unterhonnheim war am Außengerüst in einer
Höhe von 12 m mit Fugen beschäftigt. Gegen 4 $\frac{1}{2}$ Uhr
Abends fand ihn ein Sanblanger unter dem Gerüst be-
wußlos liegen. Am 4. Uhr Morgens verstarb der Kollege
im Krankenhaus, ohne das Bewußtsein erlangt zu haben.
Wie sich der Unfall abgespielt hat, ist nicht festgestellt
worden, da jeder Augenzeuge fehlt.

Billingen. Am 13. November stürzte hier in der
Bismarckstraße ein 15 m hoher Neubau ein, dessen Dachstuhl
bereits errichtet war. Bis 5 Uhr Nachmittags waren zwei
Tote und fünf Schwerverletzte geborgen. — Nach weiteren
Meldungen waren auf dem Neubau dreizehn Italiener be-
schäftigt; fünf fanden ihren Tod, acht wurden verletzt. Der
Unternehmer des Baues ist angeklagt verhaftet. — Hierzu
wird uns noch von unserer Zweigvereinsleitung in St. Johann
geschrieben: Der Bau war vor zehn Tagen "aufgelassen"
(gerichtet) und war bereits bebaut. Die Maurer waren gerade
daran, den Rest der Innenräume fertigzustellen. Kurz
nach 4 Uhr begann der Dachstuhl zu wanken, Wanken
löste sich los, das Mauerwerk wurde erschüttert und fiel in
sich zusammen. Die Innenräume stürzten in den Keller, die
Bordfront auf die Straße, 18 Arbeiter unter sich begraben.
Von den Verunglückten sind fünf bereits tot und acht schwer
verletzt, an deren Aufkommen ebenfalls gezweifelt wird. An
dem Bau waren nur Italiener beschäftigt, die fern von
der Heimat ihr Brot verdienen. Am 7. Uhr Abends, nachdem
die Rettungsmannschaft schon abgerückt war, stellte sich durch
Angabe des Vorgesetzten heraus, daß noch ein Maurer fehlt. Es
wurde dann Kollege Minio Mario um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr tot als letzter
unter den Trümmern herausgeholt. Der Einsturz ist auf
schlechten Mörtel, der aus kleinem Sand mit wenig Stahl zu-
bereitet wurde, und auch sicher auf einen Konstruktions-
fehler zurückzuführen. Es ist eigentlich ein Wunder,
daß es in Billingen nicht schon früher Menschenleben gekostet
hat, denn dortselbst ist die Billigkeit und Verwendung von
schlechtem Material an der Tagesordnung. Dementselben Unter-
nehmer Meyer, sind im vergangenen Jahr bereits zwei Bauten
zum Teil eingestürzt. Unternehmer und Polizei wurden ver-
haftet. Die Polizei steht wohl die Arbeiter, die gelegentlich an
den Bauten Handbittel verteilen, um zur Versammlung und
Organisation aufzufordern, und verfolgt sie von Bau zu Bau,
aber die greulichen Mißstände auf den Bauten scheint ihr bislang
entgangen zu sein.

Moderner Baumeister. Ueber den Bau der "Langen
Brücke" in Branderburg a. d. Havel berichtet das
"Märkische Volksblatt": Die Firma Krüger & Lauer-
mann, der die Herstellung des Neubaus für die Forde-
rung von M. 48 000 übertragen war, hat die Stadt auf
Zahlung einer Abschlagssumme von M. 10 000, einschließlich
4 pSt. Zinsen, verlaßt. Ihre jetzigen Leistungen an der
Brücke befreit die Kaserin auf M. 30 000. Die Stadt hat
die Forderung der Abschlagszahlung abgelehnt, weil nach
dem Urteil von Sachverständigen die Bauausführung man-
gelfast und unangemessen ist und übererhöht
Biberrlage erhoben mit dem Antrage, der Firma die
weitere Bauausführung zu übertragen und die Fertig-
stellung der Brücke auf deren Kosten einer anderen Firma
zu übertragen. Nach dem Gutachten des Wasserbau-
inspektors Hermann ist die Herstellung der Spundwände
nicht mit der erforderlichen Sorgfalt erfolgt. Der Einwand
der Firma, daß die alten Pfähle im Flußbett daran
hindernd gewesen, sei nicht stichhaltig, da man bei einiger-
maßen sorgfältigem Handeln der Schwierigkeiten des
Bodens Herr geworden wäre. Bei der Unterlegung des
Schüttbetons ergab sich, daß man trotz dreiwöchiger
Arbeitszeit mit einem Wechsellager be-
reits 10 cm tief in die Schüttung
eindrang. Die mangelnde Beschaffenheit des Betons
ist nicht bloß auf die Spüllung infolge der Undichtigkeit der
Spundwände, sondern auf die unangemessene Schüttung
zurückzuführen. Alles in allem kam das Gutachten zu dem
Schluß, daß diese Art der Arbeit eine Garantie für eine
solide Bauausführung nicht bietet. Bürgermeister Linde
befürwortete in einer der letzten Stadtsitzungen die
Annahme der Klage. Sehr zu hoffen kommt für die
Stadt hierbei der Umstand, daß der Vertrag mit der Firma
infolge eines Verzeichens nicht vollzogen
sei, so daß, abgesehen von den anderen Momenten, von
der Verpflichtung zur Leistung von Abschlagszahlungen
keine Rede sein kann. Für die Leistungsfähigkeit der
Firma bei der Umwandlung kennzeichnend, daß der kurzem in
Stuttgart ein von derselben aufgeführter Bau eingestürzt
sei.

Der kalkulierte richtig? Für die, in Submission
ausgeschriebenen Maurerarbeiten zum Neubau der Neu-
städter Kirche in Plessburg gingen folgende Offerten ein:
Gött & Gummel M. 59 532,85, Schwart & Rörner
M. 65 516,15, M. Rielsen M. 65 980, G. Petersen M. 65 080,
Pandholz & Jürgensen M. 70 497,85. — Uns scheint, als
wenn die Herren Pandholz & Jürgensen etwas gar zu
viel verdienen wollten, während Gött & Gummel die An-
sprüche der Maurer wohl nicht genügend berücksichtigt haben.
Bei dem in den letzten Jahren immer mehr hervorbreitenden
Scharfmacherstandpunkt der Herren Gött & Gummel ist
das ja erklärlich, immerhin können sie sich mit solchen
Unterbietungen auch mal bei ihren Kollegen in die Kasse
legen.

Ans Unternehmerkreise.

* Die Berliner Unternehmer beschließen in einer am 18. November abgehaltenen Versammlung die Einführung eines obligatorischen Arbeitsnachweises. Es handelt sich hier natürlich um ein Nachregelungsbüreau. Auch den Vertretern des Berliner Verbandes der Baugeschäfte dürfte bekannt sein, daß die einseitige Beeinflussung des Arbeitsmarktes begünstigt werden soll. Der Arbeitsnachweis wird darum stets eine Quelle mehr oder minder bedeutender Konflikte sein. Die so oft beteuerte Friedensliebe des Verbandes erscheint dadurch in einem merkwürdigen Lichte.

Wie die „Post“ berichtet, hat der Bund der Berliner Bau-, Maurer- und Zimmermeister an seine Mitglieder ein Zirkular erlassen, worin die Massenfindung der Vorkasse zum 18. November empfohlen wird. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß durch ein Urteil des Kammergerichts für sich den Vorkassier das Recht auf eine lebensdienliche Kündigungserklärung vor dem Quartalsgericht zugesprochen wurde. Den Vorkassier ist deshalb empfohlen worden, das bisherige Arbeitsverhältnis mit den Vorkassier, die sie nicht den ganzen Winter hindurch beschäftigen wollen, zu lösen und sich wegen der weiteren Beschäftigung über den 31. Dezember hinaus mit einer Verlängerung des Dienstvertrages bzw. mit einer vorübergehenden Aufnahme zu beschließen.

Die verschiedenen Unternehmerverbände im Berliner Baugewerbe haben sich am 14. November zu einem Kartell zusammengeschlossen, dem sämtliche am Baugewerbe interessierten Branchen (also auch Glaser, Maler, Klempner, Installateure usw.) angeschlossen sind. Die seit länger vorbereiteten Zugängen wurden in der konstituierten Versammlung von 19 Verbänden angenommen.

Ans anderen Berufen.

* Die gewerkschaftliche Einigung ist nun auch bei den Bauhilfsarbeitern in ein Stadium getreten, das gute Hoffnungen zuläßt. Der Ortsverein Berlin der Freien Vereinigung der Bauarbeiter beschloß sich am 10. November mit der Sache. Der Referent Vainm erklärte, daß die Einigung heute, nach den Stuttgarter Beschlüssen, wesentlich anders über die Frage denke, als früher. Im Interesse der Arbeiter liege es, sich in einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zusammenzuschließen. Nur so könne der Kampf gegen das Unternehmertum mit Erfolg geführt werden. Aus allen diesen Gründen hätten sich die Funktionäre der Freien Vereinigung der Bauarbeiter dafür erklärt, daß sich die Organisation an den vom Parteivorstand eingeleiteten Einigungsverhandlungen beteiligen. Hauptsächlich wurde nicht an einen bedingungslosen Übertritt in den Verband gedacht, sondern es müßten bestimmte Konzeptionen gemacht werden. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, kann sie sein Grund mehr, die Freie Vereinigung der Bauarbeiter als besondere Organisation bestehen zu lassen. Den einzelnen Ortsvereinen soll folgende Resolution zur Annahme empfohlen werden:

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands ist im Prinzip für eine Einheitsorganisation. Sie macht die Verschmelzung mit dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands davon abhängig, daß bei etwaigen Verhandlungen die von uns aufgestellten Bedingungen anerkannt werden. Sobald die Mehrheit der Ortsvereine in obigem Sinne beschließt, hat die Geschäftsleitung den maßgebenden Körperschaften davon Mitteilung zu machen, daß die Freie Vereinigung der Bauarbeiter zu Verhandlungen bereit sei. Das Resultat dieser Verhandlung ist einer Konferenz vorzulegen, deren Beschluß maßgebend für die gesamten Organisationen, die der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands angeschlossen sind, sein soll.

* Paritätische Konferenz von Arbeitern und Unternehmervertretern der Radelosenindustrie. Die unzulässigen Praktiken einzelner und die fortschreitende Tendenz (Zentralisierung) anderswärts bringen es mit sich, daß der früher so beliebte Radelosen immer mehr verdrängt wird und daß die Dienstgeber immer häufiger und länger unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Dieser Zustand gab dem Förderverband Anlaß, eine Konferenz für das Dienstgewerbe anzusetzen, die dann auch in Dresden am 8. und 4. November stattgefunden hat und an der neben 81 Gewerbetreibenden 28 Unternehmer, der Sekretär vom Dienstfabrikantenverband und ein Lehrer von der Münchener Fachschule teilgenommen haben. In der Debatte wurden die zahlreichen Mißstände im Gewerbe erörtert. Es fehlte auch nicht an gegenseitigen Vorwürfen. Im allgemeinen aber verliefen die Verhandlungen in voller Einmütigkeit. Es wurde beschlossen, eine paritätische Kommission zu wählen, die die nötigen Schritte zur Besserung der Verhältnisse im Dienstgewerbe, Beseitigung der Heizerleiden, Materialausnutzung, Bekämpfung der Schmutzkonfektion, des Plagiatums usw. zu tun hat. Es wurde auch angeregt, das „Förderblatt“ zu offizieren, da dies Geschäft „eigentlich Förderarbeit“ und geeignet sei, den Ausfall an Dienstgebern bei Unternehmern und Arbeitern teilweise zu ersetzen. Den Unternehmern wurde empfohlen, mit Hilfe der Fabrikanten zu versuchen, sich wieder mehr der Gliederung zu widmen.

* Die Stahlwarenarbeiter der Firma Gottlieb Gammesfahr in Solingen streiken seit über 30 Wochen im Streik. Anfangs waren es nur die Schlagerarbeiter, die mit dem Unternehmer in Differenzen gerieten; nach und nach haben aber die Arbeiter fast aller Berufs Stellungen gegen ihn gestreikt und die Arbeit einstellen müssen.

* Der Verband der Eisenarbeiter erläßt einen Aufruf an die Arbeiterschaft, sie möge Hamburg strikte meiden. Es herrscht besonders unter den Eisenarbeitern große Arbeitslosigkeit. Über 1000 (tausend) Schauerleute haben täglich arbeitslos auf den Straßenpflaster. Trotzdem streiken die Eisenarbeiter immerwährend nach neuer Arbeiter heran. Der Zweck ist der: ein sehr großer Haufen von Arbeitern hier zur Verfügung zu haben, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtern zu können.

* Massenfindung für den Heimarbeiterkampf. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen veranstaltet Massenfindungen, um dem Reichstag und Bundesrat in Erinnerung zu bringen, daß der so dringend nötige Schutz der

Heimarbeiter noch immer der gelegentlichen Regelung harret. In einer von den Veranlassungen beschlossenen Petition heißt es u. a.: Will man nicht unabsehbaren Schäden dauernd werden lassen, dann ist ein Einschreiten der Gesetzgebung nicht mehr aufzuschieben. Hinter einer ganzen Reihe von Staaten ist das Deutsche Reich in Hinsicht auf den Schutz der Heimarbeiter und Arbeiterinnen zurückgeblieben. Deshalb erwarten wir die baldige Durchführung eines wirklichen Heimarbeiterkampfes als Erfüllung einer Ehrenpflicht des Deutschen Reiches und als eine der dringenden sozialpolitischen Aufgaben der Gegenwart. Wir halten den bereits am 12. Februar 1907 von der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage eingebrachten Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter und Arbeiterinnen als das Mindestmaß dessen, was im Interesse der Heimarbeiter zu geschehen hat.

Polizei und Gerichte.

* Was von der Polizei als Grabrede angesehen wird. Bei der Verlegung eines Verbandskollegen in Döberitz bei Magdeburg wurden bei der Niederlegung eines Kranzes auf den Grabhügel folgende Worte gesprochen: „Im Namen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands! Ruhe sanft!“ Durch diese paar Worte soll sich der Kollege Körner strafbar gemacht haben, weil er als Redner in einer Versammlung unter freiem Himmel, zu der die erforderliche Genehmigung nicht erteilt war, aufgetreten ist. (Vergehen gegen § 17 der Verordnung über die Verhütung eines der öffentlichen Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechts vom 11. März 1885). Körner erhielt einen Strafbefehl von 4. 10. Hiergegen wurde von dem Kollegen Einspruch erhoben. Das Schöffengericht setzte den Termin auf den 6. November fest. An diesem Tage, Morgens 8 Uhr ging dem Kollegen Körner folgendes Schriftstück zu: „In der Strafsache gegen Sie wegen Uebertretung ist der auf den 6. November 1907 anberaumte Termin, zu welchem Sie vorgeladen sind, durch gerichtliche Anordnung ausgeschrieben. Sie haben daher zu diesem Termin nicht zu erscheinen. Gleichzeitig werden Sie benachrichtigt, daß, wenn der königlichen Anwaltschaft die Sache nicht gelassen ist, wegen der Anwesenheit des Königl. Amtsgerichts.“ Es wäre doch wirklich angebracht, daß die untergeordneten Organe angewiesen würden, solche Anzeigen zu unterlassen, denn sie erregen bei der Arbeiterchaft doch nur berechtigtes Kopfschütteln über Polizei und Justiz.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgarter, Paul Singer), Heft 7 des 26. Jahrganges. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine historische Stunde. — Der preussische Parteitag. Von Paul Singer. — Wahlkampf und Wahlrechtskampf in Preußen. Von Otto Landmann. — Der Pöbel und die preussische Landespolitik. Von Paul Hirsch. — Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Posen. Von Josef Kliche. — Ein Vertrag zur Landarbeiterfrage. Von L. Radlof. — Die Lage der Gemeindefürsorge in Deutschland. Von Emil Dittmer. — Notizen: Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft. Von E. C. Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben. Le Socialisme. Von K. K.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kasporeure zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen.

Briefkasten.

Brief, R. Sch. Wir haben den Bericht nicht erhalten. Es ist absolut notwendig, daß jeder für uns bestimmte Brief mit der richtigen und vollständigen Adresse versehen wird. Darin wird noch unglücklich viel gefehlt. Oft erhalten wir Briefe, die einfach „An die Redaktion, Weidenbinderhof“ adressiert sind; dann ist es der reine Zufall, wenn die Post von den sechs oder sieben Zeitungsereditionen, die im Weidenbinderhof wohnen, die richtige herausfindet.

Sachsa. Wir eruchen, die Einsendungen in Zukunft aber auch mit einer Unterschrift zu versehen.

Wolfsenbach. Bericht hier nicht eingetroffen.

Musbach. Wir haben kein Buch von der gewünschten Art finden können, loben wir auch nachsehen. Ueber Proportionalwahlrecht zu gelegentlichen Körperkassen findet man näheres im „Das Erwerber Programm“, von R. Kautsky, Verlag von Dietz in Stuttgart. Preis M. 2 oder M. 2,50.

Vierguth. Versammlungsanzeige zum 19. November erhielten wir am 16.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereinsbezugsstellen oder Sektionsvorsitzenden angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Rheda i. W.

Der Vorsitzende Franz Buchta wohnt Moosstr. 246, der Kassierer Fritz Berg, Poppenstr. 36. [M. 1,50] Der Vorstand.

Treptow a. d. Rega.

Die Adresse des Vorsitzenden ist: Emil Diran, Treptow a. d. Rega, Brümerstr. 11. [M. 1,80]

Zwenkau.

Den Kollegen der Zählstelle zur Mitteilung, daß seit jeden Sonntag von 1—3 Uhr Nachmittags, Expeditionszeit in meiner Wohnung Kogelbar 47, eingeführt ist. [M. 1,80] Albert Kirsten, Vertrauensmann.

Der Maurer Carl Brandt, geboren in Wandersfel, wird um seine Adresse gebeten. N. H., Seide i. Gölstein, Schumacherstr. 11. [M. 1,20]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeit folgt 10 A.)

Machen. Am 14. November starb unser Kollege Jon. Nollhoff im Alter von 44 Jahren an Gehirnhautverblutung.

Dresden. Am 11. November starb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied Ernst Gommlich aus Neu-Rietzenberg im Alter von 46 Jahren an Lungenblutungen.

Elmhorn. Am 16. November starb unser langjähriger Mitglied Heinrich Münster im Alter von 41 Jahren infolge eines Schlaganfalles.

Greifenhagen. Am 14. November starb nach schwerem Leiden unser treuer Verbandskollege Franz Matzdorf im 23. Lebensjahre an Lungenentzündung.

Serzberg. a. d. Elster. Am 16. November starb unser treuer Mitglied Franz Klunkert im Alter von 88 Jahren. Er wurde von einem Baum erlagen.

Regen. Am 10. November starb nach langer Krankheit unser Mitglied Hermann Frömert an Lungenentzündung.

Wethen. Am 18. November starb der Kollege Moritz Neubert im Alter von 47 Jahren an Gehirnhautverblutung.

München. Am 17. November starb nach längerem Leiden unser Kollege Peter Schönbetter im Alter von 61 Jahren.

Schnitz. Am 13. November starb unser werther Kollege Karl Metzger im Alter von 81 Jahren an Lungenleiden.

Stavenhagen. Am 16. November starb unser treuer Verbandskollege Heinrich Holtz im Alter von 53 Jahren an Lungenentzündung und Nervenleiden.

St. Johann. Am 18. November starb unser treuer Verbandskollege Ribonio Marcio aus Colazza (Italien) im Alter von 19 Jahren durch Unfall.

Ehre ihrem Andenken!

Nordenham.

Achtung! Rolandsbrüder. Achtung! Das Verbandslokal der fremden Maurer des Rolandschachts befindet sich in Karstens Restaurant, Viktoriastraße. [M. 2,10]

Woldenberg i. d. Neum.

Sonntag, den 30. November, Nachmittags 3 Uhr:

Herbstvergnügen

Im Lokale des Herrn Karl Schleusener:

Die Kollegen von Woldenberg und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand.

Eintritt für Herren 75 A

Seesen.

Sonntag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr:

Wintervergnügen

im Saalbau

Bestehend in Konzert, Theater und Ball. Alle Kollegen von Seesen und Umgegend, sowie von den umliegenden Zweigvereinen werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 24. November.

Bayreuth. Nachm. 2 Uhr in der „Zentralhalle“.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im „Restaurant Waldenterrasse“. Mitgliedsbücher mitbringen!

Schweinitz a. d. schw. Elster. Vorm. 10^{1/2} Uhr im Lokale von Schmidt.

Sonneberg i. Th. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Z.-O.: Vorstandswahl.

Wurzbach. Nachm. 2 Uhr in Remigius Hof. Mitgliedsbücher mitbringen!

Wittwisch, den 27. November.

Sorau. Nachm. 6 Uhr in der „Flora“. Bücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 1. Dezember.

Kossen. Nachm. 3 Uhr im „Golfhof zur Post“. Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonneberg i. Th. Zählstelle Weidenbinderhof. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im „Gewerkschaftshaus“. — Vorstandswahl 8 Uhr.

Freitag, den 6. Dezember.

Sommerfeld. Abends 6 Uhr im Vereinslokal.

Sonntag, den 8. Dezember.

Langenwetzendorf. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Sehn.

Sonntag, den 15. Dezember.

Annaburg. Vorm. 11 Uhr Generalversammlung. Z.-O.: Vorstandswahl.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Ruer & Co. in Hamburg.